

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1981**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

**MAI**

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



## INHALT

---

### **Öffentliche Ausgaben für das Verkehrswesen seit 1975**

- 103 Land und Gemeinden (Gv.) brachten in den vergangenen Jahren beträchtliche Mittel für den Verkehrsbereich auf.
- 

### **Neuverteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer**

- 107 Derzeit wird die Neufestsetzung der Schlüsselzahlen zur Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre ab 1982, die auf den Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1977 basieren, vorbereitet. Hierzu waren auch Modellberechnungen über die Auswirkungen alternativer Sockelbeträge anzustellen.
- 

### **Die freien Berufe in der Statistik**

- 113 Aus der amtlichen Statistik läßt sich ein Überblick über die freien Berufe und ihre wirtschaftliche Lage gewinnen.
- 

### **Soziale Struktur der Angestellten 1978**

- 118 Auch bei den Angestellten hat sich der Trend von unteren Leistungsgruppen zu den höher qualifizierten Gruppen fortgesetzt. Frauen sind jedoch nach wie vor überwiegend mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt.
- 

### **Struktur der Handelsvermittlung 1979**

- 121 In der Handelsvermittlung überwiegen nach wie vor die kleinen Familienunternehmen. In fast 80% der Unternehmen sind nur eine oder zwei Personen tätig.
- 

### **Anhang**

- 33\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
39\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Ergänzung

zum Statistischen Monatsheft Mai 1981

Bogen "kurz und aktuell" Seite 1, Spalte 1, 4. Absatz, Zeile 6

Bitte ergänzen: 1980 kamen im Bundesgebiet mit 21 351 Mill. DM





### **Netto 3,2 Mrd. DM für das Verkehrswesen**

Land und Gemeinden (Gv.) brachten in den zurückliegenden Jahren erhebliche finanzielle Mittel für das Verkehrswesen auf. In den Jahren 1975 bis 1978 flossen in Rheinland-Pfalz insgesamt 3 636 Mill. DM in den Verkehrssektor. Von den Nettoausgaben von 3 156 Mill. DM entfallen 1 677 Mill. DM oder 53,1% auf das Land und 1 479 Mill. DM (46,9%) auf die Kommunen. Auf der Basis der Ausgaben des Jahres 1975 errechnet sich für 1978 eine Maßzahl der Gemeinden (Gv.) von 124 und des Landes von 120. Das Land erhöhte 1979 die Verkehrsausgaben beträchtlich auf 512 Mill. DM (Maßzahl 139).

Mit 3 373 Mill. DM betrafen 92,8% der in den Jahren 1975 bis 1978 für das Verkehrswesen geleisteten Ausgaben den Bau und die Unterhaltung von Straßen. 215 Mill. DM (5,9%) entfielen auf die Verkehrsverwaltung und 48 Mill. DM oder 1,3% auf Wasserstraßen, Häfen, Förderung der Schifffahrt, Schienenverkehr und Luftfahrt.

Von den für die Straßen geleisteten Ausgaben waren 1 457 Mill. DM oder 43% für Gemeindestraßen, 1 358 Mill. DM oder 40,3% für Bundes- und Landesstraßen und 524 Mill. DM oder 15,5% für Kreisstraßen bestimmt. Der Rest wurde für Parkhäuser, Verkehrssicherheitsmaßnahmen und ähnliches aufgewendet.

Den Ausgaben der Gebietskörperschaften für das Verkehrswesen stehen Einnahmen gegenüber, die von den Nutznießern der Verkehrseinrichtungen aufgebracht werden. Dazu zählt die Mineralölsteuer, an deren Aufkommen die Kommunen mit 5,4 Pfennig je Liter Mineralöl partizipieren. 1980 kamen mit 21 351 Mill. DM 85,5% mehr Mineralölsteuer auf als zehn Jahre zuvor. Die dem Land zustehende Kraftfahrzeugsteuer erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 75,5% auf 408 Mill. DM. Die Kommunen vereinnahmten für den Bau von Gemeindestraßen 1975 bis 1978 Beiträge und ähnliche Entgelte in Höhe von 521 Mill. DM, wobei es sich ganz überwiegend um Anliegerbeiträge handelte. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 103

### **Neuverteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer soll kleinere Gemeinden begünstigen**

Durch die Beteiligung der Gemeinden an der wachstumsstarken Einkommensteuer seit 1970 hat sich deren finanzielle Basis qualitativ wie quantitativ - auch unter Berücksichtigung der an Bund und Land abzuführenden Gewerbesteuerumlage - verbessert. Für die Zeit ab 1982 werden die Schlüsselzahlen, die den Anteil der einzelnen Gemeinde festlegen, aufgrund der Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1977 aktualisiert. Dabei sollen möglicherweise auch die Sockelbeträge, die zur Zeit die anrechen-

baren Steuerleistungen auf zu versteuernde Einkommen bis zu 25 000 DM jährlich, in den Fällen von zusammenveranlagten Ehegatten bis zu 50 000 DM jährlich, begrenzen, der allgemeinen Einkommensentwicklung folgend geändert werden. Die Sockelbeträge sollen die Steuerkraftunterschiede zwischen steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden verringern, ohne das Steuerkraftgefälle völlig einzuebnen.

Die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen, daß die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, verglichen mit der derzeit gültigen Verteilung, im Durchschnitt geringere Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erwarten haben. Die Einbußen sinken allerdings mit steigenden Sockelbeträgen. Umgekehrt verhält es sich bei den kleineren Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. Hier sind die Gewinne aufgrund der Neufestsetzung der Schlüsselzahlen um so höher, je niedriger der Sockelbetrag liegt, wobei der Zuwachs in den steuerschwachen Gemeinden bei dem geltenden Sockelbetrag von 25 000 bzw. 50 000 DM mit durchschnittlich 22,34 DM je Einwohner mehr als doppelt so hoch ist wie in den steuerstarken Kommunen dieser Größenklasse. Die steuerstarken Gemeinden mit 3 000 bis 20 000 Einwohnern hätten bei den zur Zeit gültigen Sockelbeträgen Verluste zu erwarten, während die steuerschwachen Gemeinden eine Erhöhung ihrer Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verbuchen könnten. Eine Aufstockung der Sockelbeträge auf 40 000 bzw. 80 000 DM käme vor allem den steuerstarken Gemeinden zugute, wobei die größeren Städte aber immer noch teilweise beträchtliche Einbußen hinnehmen müßten. Entsprechend würde eine solche Erhöhung der Sockelbeträge den Zuwachs in den steuerschwachen kleineren Gemeinden deutlich reduzieren. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 107

### **Nur noch 42 Deponien für Haus- und Sperrmüll**

Die Zahl der öffentlichen Deponien für Haus- und Sperrmüll in Rheinland-Pfalz ging von 46 im Jahre 1977 auf 42 im Jahre 1980 zurück. Damit ist es gelungen, die Abfallbeseitigung weiter zu zentralisieren und die Umweltbelastungen einzuschränken. Der Rückgang ist auch eine Folge der Bemühungen, weniger Abfälle zu deponieren und statt dessen Recyclingverfahren anzuwenden, Abfälle zu kompostieren oder zu verbrennen. Für diese Zwecke sind drei Kompostierungsanlagen, eine Müllverbrennungsanlage und acht sonstige Beseitigungsanlagen (Shredderanlagen, Altrefriedeponien u. ä.) eingerichtet. Außerdem gibt es in Rheinland-Pfalz 19 Umladestationen sowie 30 Bodenaushub- und Bauschuttdeponien für die öffentliche Abfallbehandlung und -beseitigung. sr



### **Die freien Berufe und ihre wirtschaftliche Lage**

Die Angehörigen der freien Berufe sind eine bedeutende mittelständische Gruppe von Selbständigen, die vielfältige betreuende, beratende und begutachtende Tätigkeiten ausüben. Aus verschiedenen Statistiken können wichtige Informationen über diese Berufsgruppe vermittelt werden.

In erster Linie eignen sich die etwa alle zehn Jahre, zuletzt 1970, stattfindenden Volks- und Berufszählungen für Untersuchungen über die freien Berufe. Danach gab es in Rheinland-Pfalz im Jahre 1970 insgesamt 11 500 Angehörige freier Berufe. Eine dominierende Stellung nahmen die heilkundlichen Berufe (4 500) ein, gefolgt von den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen (3 100) sowie den rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen (2 000). Die Zahlen dürften den heutigen Verhältnissen allerdings nicht mehr entsprechen. Zeitnahe Ergebnisse kann erst die für das Jahr 1982 geplante Volkszählung bringen.

Informationen über die wirtschaftliche Lage der freiberuflich Tätigen liefern die in mehrjährigen Abständen durchzuführenden Einkommen- und Umsatzsteuerstatistiken sowie die Kostenstrukturerhebungen, wobei letztere Ergebnisse nur auf Bundesebene bereitstellen. Anhand der Einkommensteuerstatistik 1977 ergibt sich, daß Notare mit über 240 000 DM die höchsten Durchschnittseinkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit erzielten. Ihnen folgten Zahnärzte mit etwa 205 000 DM. Aber auch Ärzte und Patentanwälte lagen mit entsprechenden Einkünften von etwa 174 000 DM erheblich über dem Gesamtdurchschnitt der freien Berufe von 113 000 DM. Alle anderen freien Berufsgruppen verdienten weniger, wobei für Heilpraktiker (37 000 DM) und sonstige Wirtschaftsberater (49 000 DM) die durchschnittlichen Einkünfte am geringsten waren. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 113

### **Bevölkerungszuwachs 1980 durch Wanderungsgewinn**

Ende des vergangenen Jahres wohnten in Rheinland-Pfalz 3 642 500 Personen. Das sind 9 300 mehr als im Vorjahr. Da auch 1980 mehr Menschen starben als geboren wurden - Gestorbenenüberschuß 6 300 -, ist die Zunahme ausschließlich auf Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland und anderen Bundesländern zurückzuführen.

Fast 103 000 Personen sind im letzten Jahr nach Rheinland-Pfalz zugezogen. Diese Zahl übertrifft die des Jahres 1979 um rund 7 300 oder 7,6%. Die Fortzüge haben sich dagegen nur um 2% auf 87 000 erhöht, so daß sich ein Wanderungsgewinn von 15 600 Personen ergibt.

Sowohl bei den Zu- als auch den Fortzügen sind hohe Ausländeranteile (30,4 bzw. 21,9%) festzustellen. Von den 31 200 zugezogenen Ausländern kamen 9 300 aus der Türkei und 3 900 aus Italien. Zahlenmäßig nicht sehr bedeutsam, aber durch hohe Zuwachsraten gekennzeichnet sind die Zuzüge aus dem Iran, Indien und Afghanistan. Knapp ein Fünftel der zugezogenen Ausländer reiste nicht unmittelbar aus dem Ausland ein, sondern hatte seinen vorherigen Wohnsitz in einem anderen Land der Bundesrepublik.

Das für die rheinland-pfälzische Bevölkerungsbilanz günstige Wanderungsgeschehen ist aber nicht nur auf verstärkte Zuzüge aus dem Ausland, sondern auch auf Zuzüge aus dem Bundesgebiet zurückzuführen. Während 1979 fast 700 Personen mehr in andere Bundesländer verzogen als von dort zuzogen, war im vergangenen Jahr ein positiver Saldo von 2 100 zu verzeichnen. hl

### **Mehr Eheschließungen und Geburten**

Die Zahlen der Eheschließungen und der Geburten sind 1980 in Rheinland-Pfalz angestiegen. Es wurden 23 268 Ehen geschlossen, das sind rund 500 oder 2,2% mehr als im Vorjahr. Infolge des Hineinwachsens der geburtenstarken Frauenjahrgänge der 50er und 60er Jahre in das heiratsfähige Alter erhöhte sich die Zahl der Lebendgeborenen um fast 2 500 auf 37 253. Die nach langer Zeit 1978 erstmals wieder festgestellte Zunahme der Geborenenzahlen um 0,6% und 1979 um 1,3% hat sich im Jahre 1980 mit 7% deutlich verstärkt.

2 789 Lebendgeborene, 227 mehr als 1979, hatten ausländische Eltern bzw. Mütter. Der Anteil der Ausländergeburten erhöhte sich dadurch geringfügig und beträgt jetzt 7,5%.

Auffällig ist die starke Zunahme der nichtehelich Lebendgeborenen. Diese Zahl hatte in den vorhergehenden sechs Jahren immer bei etwa 2 000 gelegen. Sie erhöhte sich 1980 um 17,3% auf etwas mehr als 2 400.

Im Jahre 1980 starben 43 576 Menschen, etwa 500 mehr als im Jahr zuvor. Durch den stärkeren Geburtenanstieg verringerte sich der Gestorbenenüberschuß um rund 2 000 auf jetzt 6 323.

Nach dem vorjährigen starken Rückgang der Säuglingssterblichkeit um 28% ist für 1980 ein geringfügiges Ansteigen zu verzeichnen. 478 Kinder starben im ersten Lebensjahr, mehr als die Hälfte von ihnen in den ersten sieben Lebenstagen. Die Säuglingssterbeziffer - Todesfälle von Lebendgeborenen bis zum vollendeten ersten Lebensjahr auf 1 000 Lebendgeborene - hat sich damit um 0,5 Punkte auf 13 erhöht. Die Zahl der Totgeborenen ist mit rund 200 gleich geblieben. hl



**Produktion im 1. Vierteljahr 1981 um 2% unter dem Vorjahresniveau**

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lag im ersten Vierteljahr 1981 um 2% unter dem Vorjahresergebnis. Produktionszunahmen im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 4,4%) und im Investitionsgüterbereich (+ 1,5%) stehen Rückgänge im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (— 4,8%) und im Verbrauchsgütersektor (— 3,4%) gegenüber.

Im Vergleich zu dem hohen Produktionsstand des Vormonats wurden im März 1981 um 5% weniger Waren hergestellt. Überdurchschnittlich betroffen waren das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (— 12,7%) und der Investitionsgüterbereich (— 7,2%). Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgütersektor machte der Produktionsrückgang jeweils 2,6% aus. fn

**Hohe Zunahme neu zugelassener Krafträder**

Im ersten Vierteljahr 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 45 916 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 1 281 oder 2,7% weniger als im ersten Quartal 1980. Allein die Zahl der neu zugelassenen Krafträder hat zugenommen, und zwar um 54%. Rückläufige Zulassungszahlen gab es bei Personenkraftwagen (— 4,3%), Kombis (— 1,5%), Omnibussen (— 32%), Lastkraftwagen (— 19%) und Zugmaschinen (— 29%).

Drei von vier neu zugelassenen Fahrzeugen waren Personenwagen. Hier hat die Zahl der kleinen Wagen mit weniger als 1 Liter Hubraum besonders stark zugenommen (+ 26%). Auch die Neuzulassungen von Wagen zwischen 1,5 und 2 Litern nahmen leicht zu (+ 1,4%), während bei den Wagen ab 2 Litern (— 18%) und mit 1 bis 1,5 Litern Hubraum (— 10%) ausgeprägte Rückgänge festzustellen waren. gz

**Einzelhandelsumsätze mit Nahrungs- und Genußmitteln + 6%**

Der Umsatz des rheinland-pfälzischen Einzelhandels ist im Jahre 1980 nominal um 6% gestiegen. Die reale Umsatzsteigerung betrug infolge der Preissteigerungen nur 0,4%.

Unter den Wirtschaftszweigen zeigte der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln mit + 10% den höchsten nominalen Zuwachs. Auch der Textil- und Schuhsektor, der Einzelhandel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen erzielten überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen.

Die Zahl der im Einzelhandel tätigen Personen erhöhte sich 1980 um 0,8%. Dabei nahmen die Teilzeitbeschäftigten (+ 4,1%) wesentlich stärker zu als die Vollzeitkräfte (+ 0,4%). Die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Einzelhandels entspricht derjenigen im Bundesgebiet. wb

### **52 Verkehrstote weniger**

Im ersten Vierteljahr 1981 kamen in Rheinland-Pfalz bei Straßenverkehrsunfällen 165 Personen ums Leben. Das sind 52 weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. 108 starben als Fahrer oder Mitfahrer in Personewagen und 36 als Fußgänger. Auch die Zahl der Verkehrstoten unter den motorisierten Zweiradfahrern und Radfahrern war rückläufig.

91 Verkehrsteilnehmer starben im Alter zwischen 22 und 64 Jahren, 36 waren älter als 65 Jahre. Die Zahl der getöteten 15- bis 17jährigen verringerte sich von 20 auf sechs, die der 18 bis 21 Jahre alten von 36 auf 22. gz

### **Lieferungen in die DDR und nach Berlin (Ost) um 11% gestiegen**

Im Jahre 1980 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 164 Mill. DM Waren in die DDR und nach Berlin (Ost). Das sind 11% mehr als 1979. Fast drei Fünftel der Lieferungen waren chemische Erzeugnisse. Maschinenbauerzeugnisse machten 9% aus, Schnittholz und anderes bearbeitetes Holz 7%.

Bezogen wurden 1980 aus der DDR und Berlin (Ost) Waren im Werte von 53 Mill. DM (+ 18%), ein Viertel davon ebenfalls Güter der chemischen Industrie. Es folgten Textilien (22%), Leder, Lederwaren und Schuhe (12%) sowie Glas und Glaswaren (11%). wb

### **Mehr als drei Viertel der Handelsvermittlungs-Unternehmen haben ein oder zwei Beschäftigte**

Am 31. März 1979 gab es in Rheinland-Pfalz nahezu 4 200 Unternehmen der Handelsvermittlung mit insgesamt 9 300 Beschäftigten. Seit 1968 hat die Zahl der Unternehmen um 11%, die der Beschäftigten um 9% zugenommen. Der Umsatz ohne Umsatzsteuer belief sich im Jahre 1978 auf knapp 470 Mill. DM.

78% der Unternehmen hatten ein oder zwei Beschäftigte. Nur in 61 Unternehmen waren zehn und mehr Arbeitskräfte tätig. Während in dieser Größenklasse je Beschäftigten ein Umsatz von 86 400 DM erzielt wurde, wiesen die kleineren Unternehmen 39 200 DM bei einem Durchschnitt von 50 500 DM aus. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 121

### **76 Unternehmen in der öffentlichen Müllabfuhr tätig**

In Rheinland-Pfalz waren im Jahre 1980 insgesamt 76 Müllabfuhrunternehmen tätig, darunter vier Unternehmen mit Sitz in einem anderen Bundesland. Im Durchschnitt war jedes Unternehmen für 35 Gemeinden zuständig. Einzelne Unternehmen entsorgen mehr als 200 Gemeinden von Haus- und Sperrmüll. In den Städten Ludwigshafen und Trier hatten jeweils sieben Müllabfuhrunternehmen ihren Sitz. sr



### Öffentliche Ausgaben für das Verkehrswesen seit 1975

In Rheinland-Pfalz wurden in den zurückliegenden Jahren beträchtliche finanzielle Mittel für das Verkehrswesen aufgebracht. Insbesondere in den Ausbau des Straßennetzes waren wegen der laufenden Ausweitung des Kraftfahrzeugbestandes und der Fahrleistungen beträchtliche Summen zu investieren. Die Kraftfahrzeugdichte des Landes ist vergleichsweise hoch. Betrug der Bestand an Personenwagen (ohne Kombis) bezogen auf 1 000 Einwohner im Jahre 1960 erst 70, so waren es 1970 bereits 207 und 1980 sogar 353. Damit liegt Rheinland-Pfalz unter allen Flächenländern hinter dem Saarland (357) und Hessen (356) an dritter Stelle. Nach dem Saarland verzeichnet Rheinland-Pfalz mit + 70% auch die zweithöchste Zuwachsrate zwischen 1970 und 1980. In jüngster Zeit wird die künftige Gewichtung der einzelnen verkehrspolitischen Zielsetzungen überprüft. Einer der wichtigsten Gründe liegt in der zunehmenden Verteuerung und der für die Zukunft nicht auszuschließenden Verknappung des benötigten Treibstoffs. Hinzu kommt ein wachsendes Umwelt- und Naturschutzdenken, durch welches der Neubau von Straßen zum Teil verhindert oder zumindest verzögert wird. Weiterhin wird argumentiert, daß mit dem vorhandenen Straßennetz eine Sättigungsgrenze erreicht worden sei, zumal wenn angesichts steigender Kraftstoffpreise der Individualverkehr in naher Zukunft möglicherweise nicht mehr expandieren oder sogar rückläufig sein werde. Stattdessen wird ein Ausbau der öffentlichen Verkehrskapazitäten und damit eine andere Verteilung der staatlichen und kommunalen Verkehrsausgaben als in den vergangenen Jahren gefordert. Bei allen Überlegungen ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß die angespannte Haushaltslage und die Verschuldung der Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren nicht ohne Einfluß auf die Verkehrsausgaben bleiben werden, unabhängig davon, ob sie den Individual- oder den öffentlichen Verkehr betreffen.

Im vorliegenden Beitrag werden an Hand der Jahresrechnungsstatistik die vom Land und den Kommunen seit 1975 getätigten Verkehrsausgaben dargestellt. Von der Einbeziehung der vor diesem Zeitpunkt liegenden Jahre wurde abgesehen, da infolge der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts ab 1975 ein Vergleich mit den Daten nach altem Haushaltsrecht nur bedingt möglich ist. Die Ergebnisse der staatlichen Haushaltsrechnungsstatistik liegen zur Zeit bis einschließlich 1979 vor, die Zahlen der kommunalen Rechnungsstatistik bis 1978.

#### Steigende Ausgaben für das Verkehrswesen

Land und Gemeinden (Gv.) brachten in den Jahren 1975 bis 1978 insgesamt 3 156 Mill. DM für das Verkehrswesen auf. Bei diesem Betrag handelt es sich um die Nettoausgaben der Gebietskörperschaften, das heißt, die brutto geleisteten Beträge wurden um die vom öffentlichen Bereich erhaltenen Zahlungen bereinigt. Von der Gesamtsumme entfielen 1 677 Mill. DM oder 53,1% auf das Land und 1 479 Mill. DM bzw. 46,9% auf die Kommunen. Nicht darin enthalten sind die Ausgaben der als kommunale Eigenbetriebe oder als Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit geführten öffentlichen Verkehrsunternehmen, die als wirtschaftlich selbständige Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen außerhalb der Trägerhaushalte geführt werden. Durch die Bilanzstatistik wurden für 1978 neun Verkehrsunternehmen mit einer Bilanzsumme von zusammen 135 Mill. DM ermittelt, weiterhin 16 kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, deren Bilanzsumme sich auf insgesamt 1 374 Mill. DM belief.

In den Jahren 1975 und 1976 waren die Verkehrsausgaben des Landes - aus haushaltsbedingten Gründen - rückläufig (— 0,5 bzw. — 5,4%). Die folgenden Jahre verzeichneten wieder erhebliche Steigerungsraten, insbesondere die Jahre 1977 und 1979 mit Zuwächsen von jeweils über 16%. Die Kommunen wiesen 1976 nur einen geringfügigen Zuwachs (+ 0,7%) der Ausgaben für den Verkehrsbereich auf. In den Jahren 1977 und 1978 wurden diese allerdings wieder deutlich ausgeweitet, und zwar 1977 um gut ein Zehntel und 1978 um über 26% auf 458 Mill. DM. Bezogen auf die gesamten Nettoausgaben der Gebietskörperschaften erreichten die Verkehrsausgaben beim Land Anteile zwischen 5,7% (1976) und 7% (1979), bei den Gemeinden (Gv.) zwischen 7,8% (1976) und 9,7% (1978).

Während die Nettoausgaben die finanzielle Belastung der Gebietskörperschaften widerspiegeln, zeigen die im folgenden zugrundegelegten unmittelbaren Ausgaben, mit welchem Betrag Land und Gemeinden (Gv.) die Erfüllung der im Verkehrswesen zusammengefaßten Funktionen selbst wahrnehmen, unabhängig davon, ob und inwieweit sie diese Aufgaben aus eigenen Mitteln oder durch Zuweisungen von anderen Gebietskörperschaften finanzieren. Die Zahlungen an den öffentlichen Bereich sind also in den unmittelbaren



Ausgaben nicht enthalten, andererseits sind die von anderen öffentlichen Körperschaften erhaltenen Zuweisungen nicht abgesetzt. Nach dieser Abgrenzung haben Land und Kommunen von 1975 bis einschließlich 1978 zusammen 3 636 Mill. DM für den Verkehrsbereich ausgegeben, im Jahre 1978 allein 1 048 Mill. DM. Vom Gesamtbetrag entfielen auf das Land 1 579 Mill. DM oder 43,4%, auf die Gemeinden (Gv.) 2 057 Mill. DM bzw. 56,6%. Bei der Beurteilung dieser Relation ist zu berücksichtigen, daß die Gemeinden (Gv.) neben den Zahlungen vom Bund beträchtliche Zuweisungen vom Land erhalten. Dies zeigt sich auch darin, daß die kommunalen Nettoausgaben im Bereich Verkehr, bei denen die erhaltenen Zuweisungen abgesetzt sind, für den betrachteten Vierjahreszeitraum um immerhin 579 Mill. DM unter den unmittelbaren Ausgaben lagen. Beim Land dagegen überstiegen aus demselben Grunde im gleichen Zeitraum die Nettoausgaben die unmittelbaren Ausgaben um annähernd 100 Mill. DM. Setzt man die unmittelbaren Ausgaben des Jahres 1975 gleich 100, so errechnet sich für 1978 bei den Kommunen eine Meßzahl von 124,3, beim Land von 119,8. Das Land weitete seine Ausgaben 1979 erheblich aus, und zwar auf 512 Mill. DM, was eine Meßzahl von 139,3 ergibt. Während in den übrigen Jahren jeweils steigende Ausgaben für das Verkehrswesen ausgewiesen werden, verzeichnete das Jahr 1976 sowohl beim Land als auch bei den Kommunen rückläufige Werte (Meßzahlen 98,8 bzw. 96).

#### Neun Zehntel der Verkehrsausgaben flossen in das Straßenwesen

Von den durch Land und Gemeinden (Gv.) in den vier Jahren 1975 bis 1978 für das Verkehrswesen verausgabten 3 636 Mill. DM flossen mit 3 373 Mill. DM allein 92,8% in den Bau und die Unterhaltung von Straßen. 215 Mill. DM oder 5,9% entfielen auf die Straßenverwaltung, nämlich die Straßen- und Brückenbauverwaltung sowie die Wasserstraßen- und Hafen-

verwaltung. Die übrigen Bereiche des Verkehrswesens beanspruchten 48 Mill. DM oder 1,3% der gesamten Ausgaben. In dieser Sammelposition sind die Wasserstraßen und Häfen, die Förderung der Schifffahrt, der Schienenverkehr und die Luftfahrt zusammengefaßt, die beim Land und den Kommunen im Rahmen der staatlichen Aufgabenverteilung nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die vergleichbaren Ausgaben des Bundes betrafen zu 65% das Straßenwesen, zu 20,4% Wasserstraßen und Häfen einschließlich Förderung der Schifffahrt, während 6,6% für den Schienenverkehr (ohne Bundesbahn) und 4,4% für die Luftfahrt bereitgestellt wurden.

#### Starke Zunahme der Kraftfahrzeugdichte

Die beträchtlichen Summen, die in den vergangenen Jahren zum Bau und zur Unterhaltung von Straßen verwendet wurden, sind auch vor dem Hintergrund der schnellen Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes zu sehen. So waren am 1. Januar 1970 in Rheinland-Pfalz 778 500 Personenwagen und Kombis zugelassen, das waren 233 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner. Fünf Jahre später ist die Zahl bereits auf 1 048 000 Fahrzeuge angestiegen (284 je 1 000 Einwohner) und 1980 auf 1 387 600 Fahrzeuge, was einem Bestand von 382 je 1 000 Einwohner entspricht. Innerhalb von zehn Jahren hat sich damit die Zahl der Personenwagen und Kombis um 78% erhöht. Für den Zeitraum 1975 bis 1980 errechnet sich eine Steigerungsrate von 32,4%. Bei den Lastkraftwagen verlief die Entwicklung zwar etwas weniger stürmisch, aber auch hier erhöhte sich der Bestand von 59 800 im Jahre 1970 auf 75 000 in 1980, was einem Zuwachs um gut ein Viertel entspricht.

Die Gebietskörperschaften haben in der Vergangenheit versucht, der starken Zunahme der Kraftfahrzeugdichte durch forcierten Neu- und Ausbau von Straßen gerecht zu werden. Andererseits hat die Ausweitung des Straßennetzes die Zunahme des Auto-

Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) für das Verkehrswesen 1975 - 1979

Jahr	Unmittelbare Ausgaben		Nettoausgaben			
			insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Anteil am Gesamtbetrag für Land und Gemeinden (Gv.)	Anteil an den Nettoausgaben insgesamt
	1 000 DM	1975 = 100				
Insgesamt						
1975	856 544	100,0	723 354	- 8,2	100,0	7,0
1976	832 711	97,2	704 100	- 2,7	100,0	6,5
1977	898 340	104,9	798 952	13,5	100,0	7,0
1978	1 048 194	122,4	929 400	16,3	100,0	7,6
Land						
1975	367 747	100,0	396 000	- 0,5	54,7	6,3
1976	363 489	98,8	374 476	- 5,4	53,2	5,7
1977	406 909	110,6	435 657	16,3	54,5	6,2
1978	440 505	119,8	471 128	8,1	50,7	6,3
1979	512 443	139,3	549 838	16,7	...	7,0
Gemeinden (Gv.)						
1975	488 797	100,0	327 354	- 16,1	45,3	8,0
1976	469 222	96,0	329 624	0,7	46,8	7,8
1977	491 431	100,5	363 295	10,2	45,5	8,1
1978	607 689	124,3	458 272	26,1	49,3	9,7



Jahr	PKW und Kombi					Lastkraftwagen	
	Zulassungen <sup>1)</sup>		Bestand <sup>2)</sup>				
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
1970	118 267	.	778 495	214	.	59 833	.
1975	127 995	32,8	1 048 111	284	2,3	66 951	- 0,4
1976	131 513	2,7	1 099 300	300	4,9	66 283	- 1,0
1977	146 367	11,3	1 166 421	320	6,1	67 187	1,4
1978	153 534	4,9	1 244 307	342	6,7	69 110	2,9
1979	150 897	- 1,7	1 324 844	365	6,5	71 911	4,1
1980	138 187	- 8,4	1 387 616	382	4,7	74 987	4,3
1981	...	...	1 429 932	392	3,0	77 670	3,6

1) Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge. – 2) Jeweils am 1. Januar.

Bestandes begünstigt. Seit 1979 zeigen sich bei den Bestandsveränderungen der Personenwagen und Kombis rückläufige Zuwachsraten. War der Bestand jeweils im Vergleich zum 1. Januar des Vorjahres 1978 noch um 6,7% gestiegen, so bezifferten sich die Veränderungsdaten danach auf + 6,5% (1979), + 4,7% (1980) und + 3% (1981). Auch die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Personenwagen ist im Jahre 1978 mit + 4,9% weniger stark gestiegen als im vorhergehenden Jahr (+ 11,3%). 1979 ergab sich sogar ein Rückgang der Zulassungen um 1,7%, der sich 1980 mit einer Abnahme um 8,4% noch verstärkte.

#### 8,1% mehr Autobahnen und Bundesstraßen

Am 1. Januar 1980 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 18 664 km Straßen des überörtlichen Verkehrs. Die meisten davon, 7 861 km oder 42,1%, waren Kreisstraßen, 6 910 km oder 37% Landesstraßen und 3 893 km (20,9%) Bundesautobahnen und Bundesstraßen. Gegenüber 1970 nahm das gesamte überörtliche Straßennetz um 574 km oder 3,2% zu, die Länge der Bundesautobahnen und Bundesstraßen um 8,1%, die der Landesstraßen um 1,8% und die der Kreisstraßen um 2,1%.

Die Länge der Gemeindestraßen erhöhte sich von 10 541 km im Jahre 1966 über 11 603 km im Jahre 1971 auf 12 815 km 1976. Damit weitete sich das gemeindliche Straßennetz innerhalb von zehn Jahren um 21,6% und zwischen 1971 und 1976 um gut ein Zehntel aus, also im Durchschnitt stärker als die Länge der überörtlichen Straßen. Im Jahre 1976 betrug der Anteil der Gemeindestraßen am gesamten rheinland-pfälzischen Straßennetz rund 40%, knapp 60% entfielen auf die überörtlichen Straßen.

Zwischen 1975 und 1978 beliefen sich die von Land und Gemeinden (Gv.) für das Straßenwesen getätigten Ausgaben auf 3 373 Mill. DM. Von dieser Summe betrafen allein 1 457 Mill. DM, das sind über 43%, die Gemeindestraßen. Auf Bundes- und Landesstraßen entfielen 1 358 Mill. DM (40,3%) und auf Kreisstraßen 524 Mill. DM (15,5%). Die restlichen 1% der Mittel wurden für Parkhäuser, Verkehrssicherheitsmaßnahmen und ähnliches aufgewandt. Im Jahre 1976 waren die Ausgaben für die Straßen im Vergleich

zum Vorjahr leicht rückläufig gewesen (— 3%), wobei Bundes- und Landesstraßen nur geringfügig betroffen waren (— 0,8%), stärker dagegen Kreisstraßen (— 15,3%) und Gemeindestraßen (— 3,5%). Für 1977 wurden bei allen Straßenarten steigende Aufwendungen ermittelt (+ 10,7%). Die höchste Steigerungsrate ergab sich mit + 12,4% bei Bundes- und Landesstraßen. Bemerkenswert sind die vergleichsweise hohen Ausgabensteigerungen im Jahre 1978, die im Durchschnitt aller Straßenarten + 17,1% erreichten, bei Gemeindestraßen + 23,1% und bei Kreisstraßen + 24,6%.

#### Sieben Zehntel der Verkehrsausgaben betrafen Investitionen

Der Hauptanteil der vom Land und den Kommunen in den Jahren 1975 bis 1978 geleisteten unmittelbaren Ausgaben (3 636 Mill. DM) für den Verkehr betraf mit einem Betrag von 2 569 Mill. DM die Sachinvestitionen, was einem Anteil von gut sieben Zehnteln entspricht. Bei den Sachinvestitionen handelte es sich zu annähernd 92% um Baumaßnahmen, im übrigen um den Erwerb von Grundstücken und beweglichen Sachen des Anlagevermögens. Die Personalausgaben machten 645 Mill. DM oder 17,7% aus, der laufende Sachaufwand 348 Mill. DM (9,6%). 74 Mill. DM (2%) wurden an Empfänger im nichtöffentlichen Bereich gezahlt.

In den Teilbereichen des Verkehrswesens haben die einzelnen Ausgabearten unterschiedliches Gewicht. So bilden erwartungsgemäß im Bereich der Verwaltung die Personalausgaben mit einem Anteilsatz von 85% den Hauptposten, während die Sachinvestitionen nur 3,7% ausmachen. Auf den laufenden Sachaufwand entfielen hier 11,3. Auch bei den einzelnen Straßenarten zeigen sich Abweichungen in der Ausgabenstruktur. Während die Sachinvestitionen mit 1 165 Mill. DM bei den Gemeindestraßen 79,9% der Ausgaben bedeuteten, waren es bei den Bundes- und Landesstraßen 75,2% (1 020 Mill. DM) und bei den Kreisstraßen 67,4% (353 Mill. DM). Die Anteile der Personalausgaben streuen von 9,2% bei den Gemeindestraßen über 16,8% bei den Bundes- und Landesstraßen bis 18,4% bei den Kreisstraßen. Der laufende Sachaufwand, der überwiegend die laufende Unter-



## Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) für das Verkehrswesen 1975 - 1979

Jahr	Unmittelbare Ausgaben insgesamt	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand		Sachinvestitionen		Zahlungen an andere Bereiche
			zusammen	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	zusammen	Bau- maßnahmen	
Insgesamt							
1975	856 544	156 386	79 579	62 594	611 614	556 957	8 965
1976	832 711	159 095	76 904	57 244	585 400	538 266	11 312
1977	898 340	163 957	88 891	68 923	622 688	579 125	22 804
1978	1 048 194	165 705	102 131	79 952	749 781	687 853	30 577
1979 <sup>1)</sup>	512 443	133 844	52 019	44 208	286 386	249 824	40 194
Verwaltung <sup>1)</sup>							
1975	52 938	43 013	6 156	-	3 769	3 254	-
1976	53 136	44 861	5 944	-	2 331	2 149	-
1977	53 557	47 116	6 051	-	390	190	-
1978	55 443	47 916	6 047	-	1 480	1 226	-
1979	61 538	49 771	6 611	-	5 156	4 930	-
Straßen insgesamt							
1975	796 679	112 757	73 318	62 594	607 061	552 919	3 543
1976	773 169	113 635	70 397	57 244	581 527	534 623	7 610
1977	830 506	116 251	82 228	68 923	621 607	578 245	10 420
1978	972 741	117 788	95 816	79 952	742 399	680 725	16 738
1979 <sup>1)</sup>	406 118	84 073	45 222	44 208	274 995	238 659	1 828
Bundes- und Landesstraßen <sup>2)</sup>							
1975	315 769	52 098	20 974	20 622	241 520	216 972	1 177
1976	313 387	58 268	22 939	21 793	230 935	206 645	1 245
1977	352 162	58 442	27 093	25 926	264 954	245 352	1 673
1978	376 200	59 438	31 487	30 435	282 701	255 941	2 574
1979 <sup>1)</sup>	362 376	61 636	33 424	33 319	265 526	231 899	1 790
Kreisstraßen							
1975	134 446	26 873	13 740	14 355	88 416	79 491	5 417
1976	113 929	20 877	13 419	12 794	76 757	68 412	2 876
1977	122 814	24 665	16 145	16 402	80 433	71 946	1 571
1978	153 065	24 236	21 215	20 224	107 526	96 424	88
Gemeindestraßen							
1975	344 545	33 897	36 363	27 462	273 582	254 663	703
1976	332 442	32 302	32 811	22 536	262 795	247 072	4 534
1977	349 616	33 144	38 474	26 595	276 220	259 947	1 778
1978	430 298	34 114	42 126	29 293	352 152	328 360	1 906
Übrige Verkehrsbereiche <sup>3)</sup>							
1975	6 927	616	105	-	784	784	5 422
1976	6 406	599	563	-	1 542	1 494	3 702
1977	14 277	590	612	-	691	690	12 384
1978	20 010	-	268	-	5 902	5 902	13 840
1979 <sup>1)</sup>	44 787	-	136	-	6 235	6 235	38 366

1) Ohne Gemeinden (Gv.). - 2) Einschl. Bundesautobahnen. - 3) Wasserstraßen, Häfen, Förderung der Schifffahrt; Schienen- und Luftverkehr.

haltung der Straßen umfaßt, erreichte bei den Bundes- und Landesstraßen mit 7,6% den niedrigsten Anteil und mit 12,3% bei den Kreisstraßen die höchste Quote. Der entsprechende Satz betrug bei den Gemeindestraßen 10,3%.

Die als Übrige Verkehrsbereiche zusammengefaßten Ausgaben für Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt sowie Schienen- und Luftverkehr sind von vergleichsweise geringem Gewicht. Sie beliefen sich zwischen 1975 und 1978 auf nicht mehr als 48 Mill. DM und betrafen zu einem erheblichen Teil (35 Mill. DM) Zahlungen des Landes und teilweise der Kommunen an Unternehmen und sonstige private Empfänger. Da Land und Gemeinden im Bereich der

Schifffahrt und des Schienen- und Luftverkehrs lediglich in geringem Maße selber tätig sind, erreichten die eigenen Investitionsausgaben nur einen Anteil von 18,7%, die Personalausgaben und der laufende Sachaufwand lediglich jeweils gut 3%.

### Einnahmewachse bei der Mineralöl- und der Kraftfahrzeugsteuer

Den Ausgaben der Gebietskörperschaften für das Verkehrswesen stehen bestimmte Einnahmen gegenüber, die durch die Nutznießer der Verkehrseinrichtungen aufgebracht werden und teilweise einer Zweckbindung unterliegen, wie die Mineralölsteuer. Bei ihr handelt es sich zwar um eine Bundessteuer, jedoch partizipieren auch die Kommunen am Aufkommen.



Vom Gesamtaufkommen der Mineralölsteuer entfallen rund neun Zehntel auf die Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs (Benzin und Dieselkraftstoff), der Rest betrifft die Besteuerung von Heizöl und Schmierstoffen. Gemäß dem Straßenbaufinanzierungsgesetz ist seit 1966 die Hälfte der Einnahmen aus der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs für das Straßenwesen zu verwenden. Vorweg wird allerdings nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz den Ländern für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden ein bestimmter Anteil zur Verfügung gestellt. Er belief sich bis einschließlich 1976 auf 6 Pfennig je Liter Mineralöl, 1977 erfolgte eine Reduzierung auf 90% dieses Betrages. Die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach teilweise aufgehoben, so durch das Haushaltssicherungsgesetz vom 20. Dezember 1965, durch welches die Zweckbindung dieser Steuer für 1966 auf 3,5 Mrd. DM begrenzt wurde.

Das Aufkommen der Mineralölsteuer insgesamt betrug 1970 im Bundesgebiet 11 512 Mill. DM. In den folgenden Jahren stiegen die Einnahmen relativ stetig an, wobei die Jahre 1972 (+ 14,6%) und 1973 (+ 16,6%) herausragten. Lediglich 1974 ergab sich ein leichter Aufkommensrückgang (— 3,2%), allerdings ausgehend von einem vergleichsweise hohen Sockel des Jahres 1973. Im Ergebnis des Jahres 1974 dürften sich vor allem die Auswirkungen der Ölkrise niederschlagen. 1980 kamen 21 351 Mill. DM an Mineralölsteuer auf. Das bedeutet mit + 1% zwar die niedrigste Steigerungsrate der letzten zehn Jahre, der Gesamtbetrag liegt aber um 85,5% über dem des Jahres 1970. In dieser Entwicklung kommt neben Erhöhungen der Steuersätze die Zunahme des Kraftfahrzeug-Bestandes sowie vor allem der Gesamtfahrleistung der Kraftfahrzeuge zum Ausdruck.

Die Kraftfahrzeugsteuer, eine Landessteuer, unterliegt keiner Zweckbindung. De facto werden jedoch die Aufwendungen für den Bau und die Unterhaltung von Straßen in der Regel an der Höhe der Einnahmen aus dieser Steuer orientiert. Das Land Rheinland-Pfalz verzeichnete zwischen 1975 und 1979 ein Kraftfahrzeugsteueraufkommen von 1 895 Mill. DM. Im gleichen Zeitraum tätigte das Land Nettoaufgaben für den Straßenbereich in Höhe von 1 789 Mill. DM, das entspricht 94% des Aufkommens aus der Kraftfahrzeugsteuer. Während 1970 insgesamt 233 Mill. DM aus dieser Steuer aufkamen, waren es zehn Jahre später 408 Mill. DM (+ 75,5%), worin insbesondere die gestiegene Kraftfahrzeug-Dichte ihren Nieder-

Aufkommen an Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer  
1970 – 1980

Jahr	Mineralölsteuer (Bundesgebiet)		Kraftfahrzeugsteuer (Rheinland-Pfalz)	
	1 000 DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	1 000 DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %
1970	11 512 000	8,6	232 693	8,6
1971	12 417 000	7,9	252 320	8,4
1972	14 227 000	14,6	289 859	14,9
1973	16 588 808	16,6	307 280	6,0
1974	16 051 728	- 3,2	312 918	1,8
1975	17 121 258	6,7	323 681	3,4
1976	18 120 849	5,8	341 258	5,4
1977	19 184 236	5,9	364 958	6,9
1978	20 462 460	6,7	334 574	5,4
1979	21 139 757	3,3	480 558	25,0
1980	21 350 869	1,0	408 338	- 15,0

schlag findet. Die niedrigsten Zuwachsraten ergaben sich in den Rezessionsjahren 1974 (+ 1,8%) und 1975 (+ 3,4%). Der höchste Aufkommenszuwachs wurde 1979 mit + 25% registriert, allerdings ist hier die zeitliche Verschiebung infolge der Umstellung auf die ab Juni 1979 für die meisten Steuerpflichtigen obligatorische Jahreszahlung die Ursache. Aus dem gleichen Grund ging das Aufkommen 1980, bezogen auf den überhöhten Ausgangswert des Vorjahres, um 15% zurück.

Die beim Bau und Ausbau von Gemeindestraßen anfallenden Kosten sind zum Teil von den Eigentümern der anliegenden Grundstücke aufzubringen. In den Jahren 1975 bis 1978 verzeichneten die Kommunen Einnahmen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Gemeindestraßen in Höhe von insgesamt 521 Mill. DM, das sind im Durchschnitt 130 Mill. DM jährlich. Bei diesen Einnahmen handelt es sich ganz überwiegend um Anliegerbeiträge. Im Vergleich dazu beliefen sich im gleichen Zeitraum die kommunalen Investitionsausgaben für Gemeindestraßen auf 1 164 Mill. DM.

Aus dem Bereich der Gemeindestraßen und Parkanlagen fließen den Gemeinden Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte zu. Die Einnahmen aus öffentlichen Parkplätzen und Parkhäusern sowie aus Parkuhren beliefen sich zwischen 1975 und 1978 auf 12,3 Mill. DM. Dazu kamen 7,1 Mill. DM für die Sondernutzung von öffentlichen Straßenflächen, zum Beispiel Standgelder bei Märkten.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

## Auswirkungen einer Heraufsetzung der Sockelbeträge auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer

### Gemeindefinanzreform von 1969

Das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 hat die Steuerbasis der Gemeinden insoweit wesentlich verbreitert, als sie an dem Einkommensteueraufkommen

bei gleichzeitiger Abgabe eines Teils der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital beteiligt wurden. Von 1970 bis 1979 betrug der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach § 1 des Gemeindefinanzreformgesetzes 14% des Aufkommens aus der Lohnsteuer



Schwellenwerte zur Abgrenzung der Steuerkraftgruppen:  
Einnahmen aus den Realsteuern und dem Gemeindeanteil  
an der Einkommensteuer 1979

Gemeinde- größenklasse	Steuer- schwache Ge- meinden	Gemeinden mit durch- schnitt- lichen Steuer- einnahmen	Steuer- starke Gemeinden
DM je Einwohner			
unter 3 000 Ew.	unter 300	300 - 450	450 u. mehr
3 000 - 5 000 "	unter 353	353 - 530	530 u. mehr
5 000 - 10 000 "	unter 381	381 - 571	571 u. mehr
10 000 - 20 000 "	unter 418	418 - 627	627 u. mehr
20 000 - 50 000 "	unter 514	514 - 771	771 u. mehr
50 000 - 100 000 "	unter 622	622 - 933	933 u. mehr
100 000 und mehr "	unter 672	672 - 1 008	1 008 u. mehr

und der veranlagten Einkommensteuer, das von den Finanzbehörden im Gebiet eines Landes vereinnahmt wurde, bei der Lohnsteuer unter Berücksichtigung der Zerlegung gemäß § 5 des Zerlegungsgesetzes in der Fassung vom 25. Februar 1971. Durch Artikel 13 des Steueränderungsgesetzes vom 30. November 1978 wurde der an die Gemeinden zu verteilende Einkommensteueranteil ab 1980 auf 15% erhöht und gleichzeitig die Gewerbesteuerumlage um ein Drittel gesenkt. Dieser Teil des Steueränderungsgesetzes 1979 sollte die Einnahmeausfälle durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer kompensieren und den Gemeinden eine aufkommensneutrale Senkung der Gewerbesteuerhebesätze ermöglichen, um die gewerbliche Wirtschaft zu entlasten. Eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage ist eingetreten, da der landesdurchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1980 nicht zurückging, obwohl die Mehreinnahmen aufgrund der Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes weit höher waren als das entgangene Aufkommen aus der Lohnsummensteuer.

Durch die Finanzreform von 1969 wurde die dominierende Stellung der Gewerbesteuer - sie erbrachte 1969 einschließlich der Lohnsummensteuer 741 Mill. DM und damit über drei Viertel der Gemeindesteuer-einnahmen - im kommunalen Steuersystem abgebaut, das sich seither durch die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer auf zwei etwa gleich starke Pfeiler stützt. Die einseitige Abhängigkeit der Gemeinden von den Gewerbesteuerzahlern und deren wirtschaftlicher Situation konnte so vermindert werden. Wegen der hohen Aufkommenselastizität der Gewerbesteuer hatte diese Abhängigkeit dazu geführt, daß die Gewerbesteuererinnahmen im Konjunkturzyklus sehr stark schwankten, und somit ein prozyklisches Ausgabeverhalten begünstigt, das oft den Absichten der staatlichen Konjunkturpolitik zuwiderlief.

Eine Untersuchung der Auswirkungen der Gemeindefinanzreform auf die Steuereinnahmen der Gemeinden zeigt, daß die Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer deren finanzielle Basis gestärkt hat. Vor Inkrafttreten der Gesetzesänderungen verblieben den Gemeinden im Jahre 1979 nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von knapp 470 Mill. DM durch die Beteiligung an der Einkommensteuer Mehreinnahmen

von 501 Mill. DM. Das Ziel einer Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung insgesamt kann damit als erreicht angesehen werden, wenn auch die Besserstellung je nach der Wirtschaftskraft der Gemeinde starke Unterschiede aufweist und in einigen besonders steuerstarken Gemeinden immer noch Einnahmeverluste zu verzeichnen waren. Damit konnte eine Minderung der Steuerkraftunterschiede zwischen steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden realisiert werden, wobei die Begrenzung der anrechenbaren Steuerleistungen auf bestimmte Höchstbeträge des zu versteuernden Einkommens bei der Ermittlung des Verteilungsschlüssels eine besondere Rolle spielte.

#### Aufstockung der Sockelbeträge

Das Gemeindefinanzreformgesetz sah in seiner ursprünglichen Fassung die Einbeziehung der Steuerbeträge vor, die auf die zu versteuernden Einkommen bis zu 8 000 DM jährlich, bei Besteuerung nach der Splittingtabelle (damals § 32 a Abs. 2 bis 4 EStG) bis zu 16 000 DM jährlich, entfielen. Im Gefolge der allgemeinen Einkommensentwicklung wurden diese Sockelbeträge bisher zweimal erhöht, und zwar 1972 auf 16 000 bzw. 32 000 DM und 1979 auf 25 000 bzw. 50 000 DM. Bei der Neuberechnung der Schlüsselzahlen, die ab 1982 gelten sollen, wird diese Frage erneut geprüft. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat Modellrechnungen über die Auswirkungen alternativer Sockelbeträge veranlaßt.

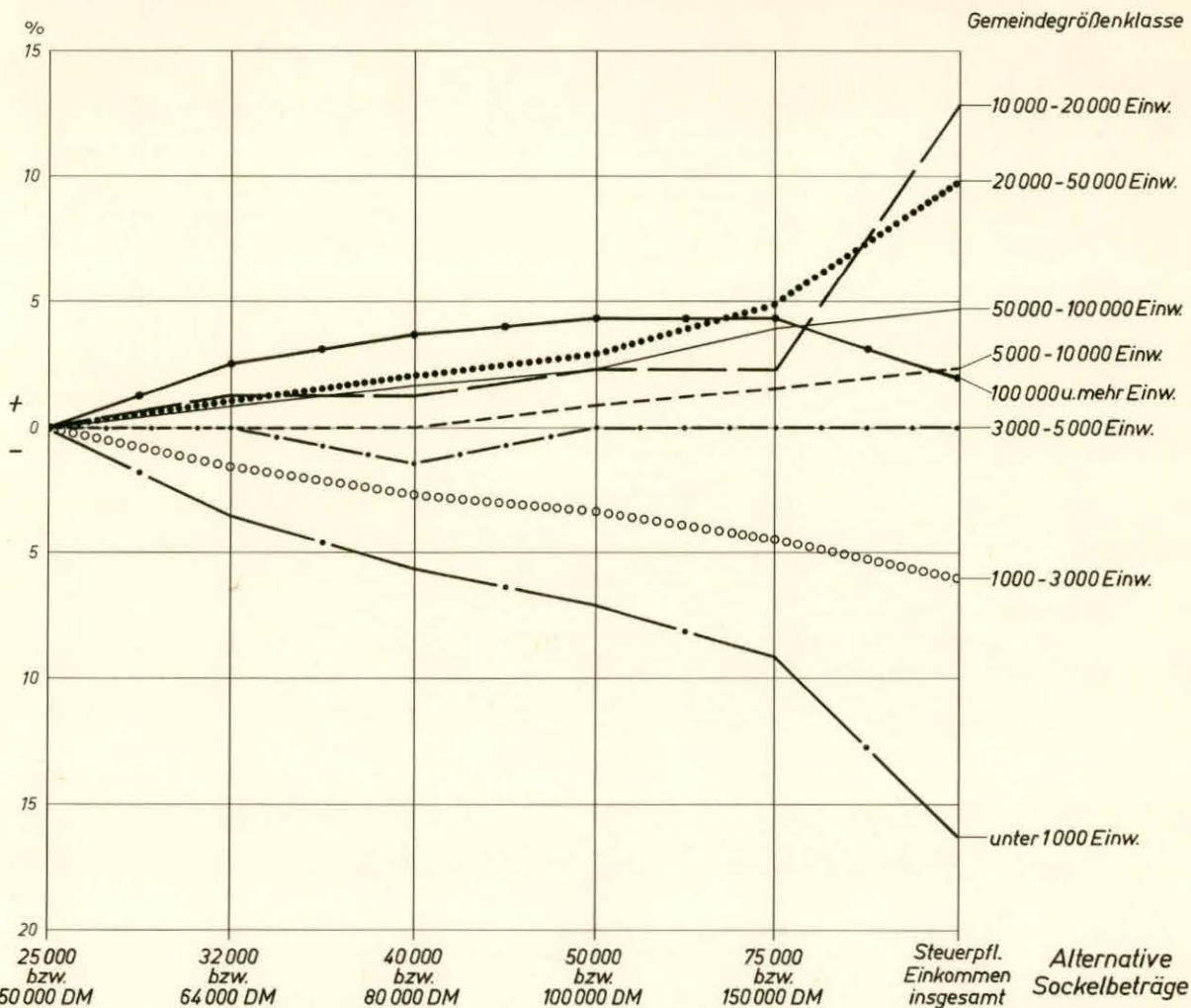
Die Höchstbeträge sollen von Zeit zu Zeit der laufenden Einkommensentwicklung angepaßt werden, weil die Verteilung des auf Landesebene ermittelten Gesamtbetrages an die Gemeinden nach Artikel 106 Abs. 5 des Grundgesetzes auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner erfolgt. Blieben die Sockelbeträge bei steigenden Einkommen konstant, so würden immer mehr Steuerfälle die Sockelbetragsgrenzen überschreiten, so daß die Verteilung zunehmend an der Zahl der Steuerfälle orientiert wäre. Andererseits wurde die Begrenzung durch Sockelbeträge aber für erforderlich gehalten, um die Ausgleichswirkung zu verstärken und so die Steuer-

Zahl der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen  
und Steuerkraftgruppen 1979

Gemeinde- größenklasse	Ins- gesamt	Steuer- schwache Ge- meinden	Ge- meinden mit durch- schnitt- lichen Steuer- ein- nahmen	Steuer- starke Ge- meinden
unter 3 000 Ew.	2 133	1 182	683	268
3 000 - 5 000 "	64	5	37	22
5 000 - 10 000 "	67	3	32	32
10 000 - 20 000 "	20	-	10	10
20 000 - 50 000 "	10	-	5	5
50 000 - 100 000 "	6	-	6	-
100 000 und mehr "	3	-	2	1
<b>Insgesamt</b>	<b>2 303</b>	<b>1 190</b>	<b>775</b>	<b>338</b>



### Veränderung der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (nach den Schlüsselzahlen 1977) bei Heraufsetzung der Sockelbeträge



kraftunterschiede zwischen steuerstarken und steuer-schwachen Gemeinden zu verringern.

#### Neue Berechnungsgrundlagen für die Schlüsselzahlen

Die Schlüsselzahlen, welche die weitere Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf die einzelnen rheinland-pfälzischen Gemeinden bestimmen, werden in regelmäßigen Abständen neu berechnet. Der jeweilige Anwendungszeitraum wird durch Bundesverordnung festgelegt. Die Schlüsselzahl ist der als Prozentsatz ausgedrückte Anteil der jeweiligen Gemeinde an den gesamten durch die Lohn- und Einkommensteuerstatistiken erfaßten Einkommensteuerleistungen im Lande, wobei nur die Einkommensteuerbeträge berücksichtigt werden, die auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zu bestimmten Höchstbeträgen entfallen. Da die Statistiken in dreijährigen Abständen durchzuführen sind, bleiben auch die Schlüsselzahlen in der Regel drei Jahre gültig. Für die ab 1982 geltenden Schlüsselzahlen liefert die Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1977 die entsprechen-

den Ausgangsdaten. Der große Abstand zwischen dem Bezugsjahr der Lohn- und Einkommensteuerstatistik und dem Jahr, in dem die für dieses Bezugsjahr ermittelten Schlüsselzahlen erstmals anzuwenden sind, erklärt sich aus der Dauer der Veranlagungsarbeiten für die Einkommensteuer bei den Finanzämtern.

Die Schlüsselzahl ist von der Anzahl und Struktur der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer Gemeinde abhängig. Für die exakte Berechnung ist deshalb eine vollständige Erfassung aller Steuerpflichtigen unerlässlich. Während dies für die veranlagte Einkommensteuer weitgehend gewährleistet ist, muß bei der Lohnsteuer mit einer Untererfassung gerechnet werden, weil erfahrungsgemäß der Rückfluß der Lohnsteuerkarten von Steuerpflichtigen, die keinen Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich stellen, nicht immer vollständig ist.

Bei der Neuberechnung der Schlüsselzahlen wirken sich alle seit der letzten Berechnung auf der Datengrundlage des Jahres 1974 erfolgten Änderungen aus. Die Höhe der Schlüsselzahl wird durch Art und Um-



Gemeindegrößenklasse Steuerkraftgruppe 1)	Verteilung nach den Schlüsselzahlen 1977 bei folgenden Sockelbeträgen					
	25 000 bzw. 50 000 DM	32 000 bzw. 64 000 DM	40 000 bzw. 80 000 DM	50 000 bzw. 100 000 DM	75 000 bzw. 150 000 DM	ohne Begrenzung (gesamtes örtliches Aufkommen)
	DM je Einwohner					
unter 3 000 Einw.	221,71	216,64	213,36	210,96	207,59	199,40
A	255,89	254,43	254,25	255,06	257,53	281,57
B	235,26	230,52	227,35	224,91	221,19	205,72
C	186,48	179,05	173,94	169,85	163,74	146,95
3 000 - 5 000 Einw.	266,95	265,98	265,82	265,98	266,73	266,81
A	279,30	281,49	284,10	287,06	292,10	302,08
B	263,21	260,78	259,27	258,01	256,69	253,43
C	238,38	233,84	231,06	228,93	225,54	205,21
5 000 - 10 000 Einw.	282,07	282,96	284,06	285,27	287,72	288,73
A	294,30	297,51	300,73	303,67	308,83	317,91
B	274,17	273,19	272,53	272,29	272,41	265,77
C	230,76	225,68	222,13	219,71	216,96	210,19
10 000 - 20 000 Einw.	287,46	290,06	291,57	292,53	293,95	325,52
A	300,25	306,24	310,66	313,87	318,49	384,29
B	274,67	273,89	272,48	271,20	269,42	266,76
C	-	-	-	-	-	-
20 000 - 50 000 Einw.	295,47	299,89	303,34	306,46	311,44	325,57
A	302,62	308,07	312,61	316,54	322,70	355,34
B	287,94	291,28	293,57	295,83	299,58	294,20
C	-	-	-	-	-	-
50 000 - 100 000 Einw.	289,26	291,80	293,99	295,92	299,37	301,38
A	-	-	-	-	-	-
B	289,26	291,80	293,99	295,92	299,37	301,38
C	-	-	-	-	-	-
100 000 und mehr Einw.	340,67	348,68	352,29	353,72	353,55	345,64
A	354,45	361,10	362,97	362,12	357,97	330,87
B	333,24	341,99	346,53	349,19	351,17	353,61
C	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	267,44	267,44	267,44	267,44	267,44	267,44
A	294,29	297,46	299,92	301,92	305,04	324,18
B	274,42	274,73	274,79	274,81	274,78	269,21
C	189,87	182,63	177,65	173,69	167,79	151,24

1) A: steuerstarke Gemeinden; B: Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft; C: steuerschwache Gemeinden.

fang der Beschäftigung, die Altersgliederung und die Wirtschaftsstruktur beeinflusst. Darüber hinaus schlagen sich in den neuen Schlüsselzahlen erstmals die Auswirkungen der Steuerreform 1975 nieder. So kann in Gemeinden mit einem hohen Kinderanteil der Wegfall des Kinderfreibetrages zu einem überdurchschnittlichen Anstieg des Steueraufkommens führen. Auch andere steuerrechtliche Tatbestände können im Einzelfall einen spürbaren Effekt haben, wie die vermehrte Inanspruchnahme der erhöhten Absetzungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes bei starkem Zuzug in neue Wohngebiete, die dazu führen kann, daß trotz der Bevölkerungszunahme nur eine geringe Erhöhung des Steueraufkommens zu registrieren ist. Die Rechtsformänderung von einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft oder umgekehrt kann die Schlüsselzahl ebenfalls beeinflussen, da bei einer Kapitalgesellschaft nur der ausgeschüttete Gewinn den Anteilseignern zugerechnet und dort mit Einkommensteuer belastet wird, während der einbehaltene Gewinn der Körperschaftsteuer unterliegt.

Neben diesen Einflußgrößen wirkt sich auch die durchschnittliche Entwicklung aller Gemeinden des Landes auf die Schlüsselzahlen aus, da die Schlüsselzahl den anrechenbaren Anteil des örtlichen Einkom-

mensteueraufkommens an der im Lande insgesamt erzielten Steuersumme repräsentiert. Die Schlüsselzahl einer Gemeinde wird deshalb nur dann steigen können, wenn alle beeinflussenden Faktoren eine überproportionale Steigerung des anrechenbaren Einkommensteueraufkommens in dieser Gemeinde verursacht haben.

#### Viele kleine Gemeinden sind steuerschwach

Die Ergebnisse der vom Bundesfinanzministerium und vom Bundesrat veranlaßten Modellrechnungen zur Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer werden in der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen und drei Steuerkraftgruppen dargestellt. Grundlage für die Einteilung nach der Steuerkraft sind die durchschnittlichen Einnahmen aus den Realsteuern und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahre 1979 in den jeweiligen Gemeindegrößenklassen auf Bundesebene. Als steuerstark gelten dabei die Gemeinden, deren Pro-Kopf-Einnahmen den Bundesdurchschnitt der jeweiligen Größenklasse um 20% überschreiten, als steuerschwach die Gemeinden, die 20% unter diesem Wert liegen. Unter Zugrundelegung dieses Kriteriums sind 52% aller rheinland-pfälzischen Gemeinden als steuerschwach eingestuft worden. Dieser hohe Anteil wird allein durch die Gemeinden mit

Verwaltungsbezirk	Abweichungen von den tatsächlichen Steuereinnahmen bei Ansatz des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer nach den Schlüsselzahlen 1977 mit folgenden Sockelbeträgen					
	25 000 bzw. 50 000 DM	32 000 bzw. 64 000 DM	40 000 bzw. 80 000 DM	50 000 bzw. 100 000 DM	75 000 bzw. 150 000 DM	ohne Begrenzung (gesamtes örtliches Aufkommen)
	%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	- 3,3	- 2,9	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 1,4
Landkreise						
Ahrweiler	1,6	1,6	1,6	1,7	1,9	3,7
Altenkirchen (Ww.)	- 2,7	- 3,5	- 3,9	- 4,2	- 4,4	- 4,8
Bad Kreuznach	1,3	1,0	1,0	1,1	1,4	1,1
Bad Kreuznach, St	- 2,1	- 1,4	- 0,8	- 0,2	0,9	2,1
Birkenfeld	- 1,5	- 1,8	- 1,7	- 1,4	- 0,8	0,8
Idar-Oberstein, St	- 3,3	- 3,0	- 2,4	- 1,8	- 0,5	2,8
Cochem-Zell	0,2	- 0,6	- 0,9	- 1,0	- 1,0	2,6
Mayen-Koblenz	1,1	0,6	0,3	0,2	0,1	- 1,3
Andernach, St	- 1,5	- 1,2	- 0,9	- 0,5	0,1	2,2
Mayen, St	- 0,8	- 0,7	- 0,2	0,3	1,3	2,0
Neuwied	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	1,3
Neuwied, St	- 1,9	- 1,8	- 1,8	- 1,7	- 1,4	- 2,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	2,6	2,2	2,1	2,1	2,3	3,8
Rhein-Lahn-Kreis	- 2,4	- 3,1	- 3,5	- 3,8	- 4,1	- 6,2
Lahnstein, St	- 6,5	- 6,5	- 6,6	- 6,9	- 7,2	- 8,6
Westerwaldkreis	1,6	1,0	0,9	1,0	1,4	1,4
RB Koblenz	- 0,2	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,4	- 0,2
Kreisfreie Stadt Trier	- 3,0	- 2,5	- 2,1	- 1,6	- 0,9	0,9
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	4,5	4,1	3,9	4,0	4,2	3,2
Bitburg-Prüm	2,1	1,6	1,3	1,2	1,2	0,9
Daun	3,9	3,2	2,9	2,9	3,1	1,8
Trier-Saarburg	7,7	6,3	5,4	4,8	4,1	2,5
RB Trier	2,1	1,8	1,6	1,7	1,9	1,8
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	0,1	1,3	2,0	2,2	2,1	0,3
Kaiserslautern	- 1,2	- 1,0	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 1,7
Landau i.d.Pfalz	- 3,3	- 2,5	- 1,8	- 1,2	- 0,4	- 0,3
Ludwigshafen a.Rhein	- 4,9	- 4,5	- 4,3	- 4,4	- 4,7	- 6,6
Mainz	- 3,3	- 2,1	- 1,6	- 1,3	- 1,1	- 1,1
Neustadt a.d.Weinstr.	- 3,3	- 2,4	- 1,8	- 1,4	- 0,8	- 1,7
Pirmasens	- 2,8	- 2,6	- 2,2	- 1,7	- 0,6	3,0
Speyer	- 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 2,4
Worms	- 0,2	- 0,0	0,2	0,3	0,5	- 0,3
Zweibrücken	- 3,9	- 4,0	- 4,1	- 4,2	- 4,1	- 4,4
Landkreise						
Alzey-Worms	6,5	6,2	6,0	6,0	5,7	3,1
Bad Dürkheim	2,4	3,0	3,3	3,5	3,7	2,3
Donnersbergkreis	1,5	0,6	0,2	- 0,1	- 0,4	- 1,2
Germersheim	3,6	2,8	2,2	1,7	0,9	- 0,4
Kaiserslautern	5,0	3,7	2,8	2,2	1,3	- 1,8
Kusel	3,3	1,4	0,3	- 0,5	- 1,4	- 3,6
Südliche Weinstraße	4,9	4,6	4,5	4,4	4,3	4,2
Ludwigshafen	1,8	2,0	1,8	1,4	0,5	- 3,5
Mainz-Bingen	5,4	5,9	6,1	6,1	5,8	17,6
Bingen, St	1,8	2,3	2,8	3,3	4,1	23,7
Ingelheim am Rhein, St	0,8	1,9	2,6	2,9	3,0	40,0
Pirmasens	1,9	0,4	- 0,2	- 0,6	- 1,0	- 1,2
RB Rheinhessen-Pfalz	- 0,2	- 0,0	0,1	0,1	- 0,1	- 0,2
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-
Kreisfreie Städte	- 3,1	- 2,5	- 2,2	- 2,0	- 1,8	- 2,2
Landkreise	2,2	1,8	1,5	1,4	1,3	1,6



weniger als 3 000 Einwohnern verursacht. Von den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ist keine einzige steuerschwach und von den insgesamt 131 Gemeinden mit 3 000 bis 10 000 Einwohnern haben lediglich acht stark unterdurchschnittliche Steuereinnahmen.

#### **Steuerausfälle für Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern**

Die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen, daß die steuerstarken Gemeinden im Durchschnitt eine Verringerung der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil gegenüber der bisher gültigen Verteilung hinzunehmen haben, wobei die größten Veränderungen bei einem Sockelbetrag von 25 000 bzw. 50 000 DM eintreten würden. Mit zunehmenden Höchstgrenzen verringern sich die Einnahmeeinbußen allerdings. Umgekehrt verhält es sich mit den steuerschwachen Gemeinden. Ihre Einnahmesituation wird durch die neuen Schlüsselzahlen verbessert, wobei die Gewinne mit steigenden Sockelbeträgen abnehmen und sich bei dem höchsten hier betrachteten Sockelbetrag (75 000 bzw. 150 000 DM) sogar ein geringfügiger Verlust von 0,49 DM je Einwohner einstellt.

Unabhängig von der Steuerkraftgruppe führt der neue Verteilungsschlüssel mit Ausnahme der Stadt Worms bei allen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern zu Mindereinnahmen. Mit fast 70 DM je Einwohner sind die Mindereinnahmen in Ludwigshafen bei den zur Zeit gültigen Sockelbeträgen am höchsten. Sie sinken auf 61,44 DM je Einwohner bei einer Höchstgrenze von 40 000 bzw. 80 000 DM und steigen mit höheren Sockelbeträgen wieder an. Die Steuerausfälle in den Städten Koblenz und Mainz sind mit etwas über 30 DM je Einwohner bei den zur Zeit gültigen Sockelbeträgen deutlich geringer als in Ludwigshafen. In Mainz und Koblenz wären die Steuermindereinnahmen bei einer Beteiligung auf der Grundlage des gesamten örtlichen Aufkommens am geringsten. Diese extreme Variante kann jedoch nur als Referenzgröße zur Beurteilung des Ausgleichseffekts betrachtet werden. Die starken Mindereinnahmen in den größeren Städten, insbesondere in Ludwigshafen, erklären sich nicht zuletzt aus den Wanderungsbewegungen. Offensichtlich hat sich der Anteil der Steuerpflichtigen mit geringeren Einkünften erhöht, weil viele Bezieher mittlerer und höherer Einkommen in die Umlandgemeinden gezogen sind und von dort zu ihrer Arbeitsstätte in die Kernstadt fahren. Diese These wird gestützt durch die teilweise beträchtlichen Gewinne in typischen Umlandkreisen, wie Mainz-Bingen, Ludwigshafen oder Trier-Saarburg, wenngleich diese Entwicklung auch noch andere Ursachen haben dürfte.

Bei den Gemeinden im Regierungsbezirk Trier überwiegen insgesamt gesehen die Einnahmeverbesserungen, und zwar in allen Kreisen mit Ausnahme der Stadt Trier. Hieran wird deutlich, daß sich in diesen Gebieten die Einkommenssituation überdurchschnittlich verbessert hat, so daß der Rückstand gegenüber den anderen Landesteilen etwas abgebaut werden konnte. Gemessen an den Pro-Kopf-Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stehen

die Landkreise der Region Trier zusammen mit dem Landkreis Cochem-Zell allerdings weiterhin am Ende der Skala.

#### **Niedrige Sockelbeträge bringen den kleineren Gemeinden Vorteile**

Die unveränderten Sockelbeträge haben in den Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern die höchsten Steuermehreinnahmen zur Folge, wobei die steuerschwachen Kommunen mit 22,34 DM je Einwohner mehr als doppelt so hohe Gewinne wie die steuerstarken zu verzeichnen haben. Eine Erhöhung der Sockelbeträge führt zwar zu einer kontinuierlichen Verringerung der Mehreinnahmen, ein Verlust würde jedoch erst bei der Verteilung nach dem gesamten örtlichen Aufkommen eintreten. Die Gemeinden mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern nehmen insofern eine mittlere Position ein, als die Heraufsetzung der Sockelbeträge das Ergebnis nur in geringem Maße beeinflußt. Bis zu einem Sockelbetrag von 40 000 bzw. 80 000 DM gehen die Mehreinnahmen etwas zurück, steigen dann aber wieder an und wären bei einem Wegfall der Begrenzung fast genauso hoch wie bei dem niedrigsten hier betrachteten Sockelbetrag von 25 000 bzw. 50 000 DM.

Für alle übrigen Größenklassen bedeutet die Anhebung der Sockelbetragsgrenze eine Verbesserung, sei es, daß bei unverändertem Sockelbetrag eintretende Gewinne noch weiter steigen, oder zunächst vorhandene Einbußen abgebaut werden, wobei sich in den Größenklassen bis 50 000 Einwohner bei hohen Sockelbeträgen schließlich Mehreinnahmen einstellen. Während sich diese Tendenz auch in Mainz und Koblenz beobachten läßt, zeigt sich für Ludwigshafen eine besondere Entwicklung, die das Gesamtergebnis der Großstädte nachhaltig beeinflußt. Die Heraufsetzung der Sockelbeträge über die Grenze von 40 000 bzw. 80 000 DM hinaus bringt hier nämlich eine relative Verschlechterung, bei Wegfall der Begrenzung würde sogar eine deutlich höhere Einbuße eintreten als bei dem geltenden niedrigeren Sockelbetrag. Ein ähnliches Ergebnis hatte sich in Ludwigshafen bereits bei früheren Analysen dieser Art gezeigt. Dies läßt auf eine verhältnismäßig ausgeglichene Einkommensstruktur mit einer breiten Schicht von Einkommensbezieher der unteren und mittleren Kategorie schließen. Hohe Sockelbeträge bringen dann nur noch einen, gemessen am Landesdurchschnitt, unterproportionalen Zuwachs durch zuvor nicht angerechnete Spitzenbeträge aus hohem Einkommen, so daß der Anteilssatz, die Schlüsselzahl, wieder zurückgeht.

#### **Spürbarer Einfluß auf die Steuereinnahmen in kleinen Gemeinden und Großstädten**

Die Auswirkungen der neuen Schlüsselzahlen können durchaus beachtlich sein, denn die Mehr- oder Mindereinnahmen machen, je nach Höhe des Sockelbetrages, teilweise deutlich mehr als 10% der bisherigen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus. Werden auch die Realsteuern in die Betrachtung einbezogen, so läßt sich die Bedeutung der neuen Schlüsselzahlen und der alternativen Sockelbeträge für die gesamten Steuereinnahmen der



Gemeinden in etwa abschätzen. Der Effekt ist naturgemäß geringer und hängt auch von dem Gewicht ab, das dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer jeweils zukommt. So ist es nicht verwunderlich, daß sich deutliche Auswirkungen vor allem bei den kleinen und den steuerschwachen Gemeinden zeigen, für deren Steuereinnahmen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine besondere Rolle spielt. Im Durchschnitt der steuerschwachen Gemeinden steigen die Steuereinnahmen bei unverändertem Sockelbetrag um 8,6%, selbst bei einem Sockelbetrag von 50 000 bzw. 100 000 DM würde sich noch ein Zuwachs von 2,1% einstellen. In den beiden anderen Steuerkraftgruppen sind die Veränderungen relativ geringfügig, lediglich bei den steuerstarken Gemeinden ergäbe sich ein Anstieg von mehr als 2%, wenn die Sockelbegrenzung aufgehoben wird.

Sieht man von einigen Sonderentwicklungen ab, die bei der Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer nach dem gesamten örtlichen Aufkommen auftreten, dann beträgt der Effekt der neuen Schlüsselzahlen auch im Durchschnitt der meisten Gemeindegrößenklassen weniger als 2% der Steuereinnahmen. Ausnahmen bilden lediglich die Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern, in denen sich, je nach Höhe des Sockelbetrags, ein Zuwachs von durchschnittlich bis zu 5,2% ergibt, sowie die Großstädte, die im Durchschnitt maximal 4,0% ihrer Steuereinnahmen verlieren.

Die kreisangehörigen Gemeinden können im Durchschnitt in fast allen Landesteilen mit verbesserten Steuereinnahmen rechnen. Einnahmeverluste bei allen Sockelbeträgen treten nur in den Landkreisen Altkirchen und Birkenfeld sowie im Rhein-Lahn-Kreis auf. Besonders kräftige Zunahmen, die bei niedrigen Sockelbeträgen im Kreisdurchschnitt mehr als 4% der Steuereinnahmen ausmachen, können dagegen die Gemeinden in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Alzey-Worms, Kaiserslautern, Südliche Weinstraße und Mainz-Bingen verbuchen.

Obwohl sich die relativen Verluste und Gewinne durch die Neufestsetzung der Schlüsselzahlen und eine eventuelle Aufstockung der Sockelbeträge für die einzelnen Gemeinden meist in verhältnismäßig engen Grenzen halten, könnten die Veränderungen in Einzelfällen zu Problemen führen. Der kommunale Finanzausgleich verringert jedoch die Auswirkungen der neuen Schlüsselzahlen auf die Haushalte erheblich. Im Regelfall werden die Einnahmeverluste in steuerschwachen Gemeinden, die Schlüsselzuweisungen A erhalten, vollständig ausgeglichen und in verbandsfreien Gemeinden und kreisfreien Städten, die Anspruch auf Schlüsselzuweisungen B nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 FAG haben, zur Hälfte kompensiert.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

## Die freien Berufe in der Statistik

### Begriff

Unter den freien Berufen wird eine Vielzahl betreuender, beratender und begutachtender Tätigkeiten verstanden, die auf Grund besonderer Vorbildung persönlich und ohne feste Anstellung ausgeübt werden. Der Begriff der freien Berufe ist nicht bündig definiert, da er nicht, wie etwa der Begriff des Handelsvertreters, aus einem bestimmten Rechtsgebiet herausgewachsen, sondern das Ergebnis kulturgeschichtlicher Entwicklung ist.

In § 18 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes wird der steuerrechtliche Begriff der freien Berufe enumerativ umschrieben, dessen Aufzählung auch für die Statistik gilt. Demnach gehören zu den freien Berufen die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeit, die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Vermessungsingenieure, Ingenieure, Architekten, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratenden Volks- und Betriebswirte, vereidigten Buchprüfer (vereidigten Bücherrevisoren), Steuerbevollmächtigten, Heilpraktiker, Dentisten, Krankengymnasten, Journalisten, Bildberichterstatter, Dolmetscher, Übersetzer, Lotsen und ähnlicher Berufe.

### Funktionen und Tätigkeitsbereiche

Eine lückenlose statistische Darstellung aller Angehörigen der freien Berufe ist angesichts ihrer Streu-

ung auf viele Einzelbereiche und wegen der begrifflichen Abgrenzungsschwierigkeiten nicht möglich. In der überwiegenden Mehrheit gehören die freiberuflich Tätigen zum Wirtschaftsbereich Dienstleistungen. Folgende Schwerpunktbereiche lassen sich ermitteln:

- (1) freie heilkundliche Berufe wie Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Heilpraktiker, Krankengymnast, Masseur, Hebamme,
- (2) freie rechts- und wirtschaftsberatende Berufe wie Rechtsanwalt, Patentanwalt, Notar, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und -bevollmächtigter,
- (3) freie technische und naturwissenschaftliche Berufe wie Architekt, Ingenieur, Sachverständiger, Chemiker, Lotse,
- (4) freie pädagogische, psychologische und übersetzende Berufe wie Pädagoge, Psychologe, Dolmetscher, Übersetzer,
- (5) freie publizistische und künstlerische Berufe wie Schriftsteller, Journalist, Musiker, Designer, darstellende und bildende Künstler.

### Statistische Quellen

Über die freien Berufe gibt es verschiedene statistische Quellen, die je nach dem Ziel der Untersuchung heranzuziehen sind. Daten über die freien Berufe liegen aus folgenden Erhebungen vor:



# Selbständige in freien Berufen 1961 und 1970

(Quelle: Volks- und Berufszählungen)

Berufsgruppe	1961	1970
Freie heilkundliche Berufe	4 737	4 500
Ärzte	2 615	2 600
Zahnärzte	1 550	1 300
Tierärzte	275	200
Heilpraktiker	112	100
Masseure, Krankengymnasten	185	300
Freie rechts- und wirtschafts- beratende Berufe	1 850	2 000
Unternehmensberater	-	100
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	1 084	1 200
Rechtsvertreter, -bewahrer	766	700
Freie technische und naturwissen- schaftliche Berufe	2 340	3 100
Ingenieure	2 340	3 000
Chemiker, Physiker, Mathematiker		100
Freie pädagogische und psycho- logische Berufe	785	1 000
Freie publizistische und künstlerische Berufe	847	900
Publizisten	223	300
Dolmetscher	31	-
Musiker	138	100
Bildende Künstler, Graphiker	455	500
Insgesamt	10 559	11 500

- (1) Volks- und Berufszählung, Mikrozensus, Arbeits-  
stättenzählung,
- (2) Kostenstrukturstatistik,
- (3) Einkommensteuerstatistik,
- (4) Umsatzsteuerstatistik,
- (5) Verbandsstatistiken.

Die Ergebnisse aus diesen unterschiedlichen Erhebungen sind nicht unmittelbar vergleichbar. Eine dekkungsgleiche Darstellung über einzelne Berufe läßt sich aus verschiedenen Statistiken nicht herstellen.

Dies liegt unter anderem daran, daß die sekundärstatistischen Steuerstatistiken vom engeren steuerrechtlichen Begriff der freien Berufe ausgehen, die primärstatistischen Erhebungen, wie die Volks- und Berufszählung, sich aber an den soziologischen Begriff anlehnen. Steuerlich und soziologisch gehen die Begriffsinhalte auseinander, weil im Sinne einer sozial-ethischen oder ständischen Definition des Begriffes nicht alle Angehörigen der freien Berufe auch wirtschaftlich selbständig sein müssen. Die Berufsethik des angestellten Arztes oder des angestellten Journalisten unterscheidet sich sozial-ethisch nicht von der des freipraktizierenden Arztes oder des freien Journalisten. Hiernach sind die freien Berufe durch die geistige Freiheit in der Berufsausübung gekennzeichnet. Die Apotheker, die im sozial-ethischen Sinne zu den heilkundlichen Berufen und damit gegebenenfalls zu den freien Berufen gerechnet werden könnten, bleiben hier außer Betracht. Sie werden in der amtlichen Statistik grundsätzlich dem Handel zugerechnet.

Diese Unterschiede führen dazu, daß die Statistiken je nach den zu beantwortenden Fragen herangezogen werden müssen. So eignen sich die Volks- und Berufszählungen für einen Einblick in die Tätigkeitsfelder der freien Berufe. Aus den Kostenstruktur-

Einkommen- und Umsatzsteuerstatistiken können Informationen über die wirtschaftliche Lage der freiberuflich Tätigen gewonnen werden. Die Bedeutung der freien Berufe für den Arbeitsmarkt kann anhand der Arbeitsstättenzählungen analysiert werden. Die Zahl der bei den Angehörigen der freien Berufe beschäftigten Arbeitnehmer wird von den Berufsgenossenschaften erfaßt. Neben den Informationen aus der amtlichen Statistik kann auf die Daten der Kammern und Verbände der freien Berufe zurückgegriffen werden. Die verschiedenen Verbandsstatistiken bleiben hier unberücksichtigt.

## Struktur und Entwicklung der selbständig freiberuflich Tätigen

Die in Abständen von etwa zehn Jahren stattfindenden Volks- und Berufszählungen können für die Ermittlung der Beschäftigtenzahl und der sich im Zeitablauf vollziehenden Strukturverschiebungen in den freien Berufen herangezogen werden. Da die letzte Zählung im Jahre 1970 erfolgte - die nächste ist für 1982 geplant -, liegen zur Zeit keine zeitnahen Zahlen aus dieser Erhebung vor. Auch die Repräsentativerhebungen des Mikrozensus bringen auf Landesebene keine Angaben über die freien Berufe, weil die Besetzung in den einzelnen Berufsgruppen im Rahmen einer 1%igen Stichprobe auf Landesebene zu gering ist.

Die berufssystematische Einordnung und Gliederung der Erwerbstätigen erfolgt in der Volks- und Berufszählung nach der sogenannten Klassifizierung der Berufe, die sich an der ausgeübten Tätigkeit orientiert, wobei die wirtschaftliche Selbständigkeit kein Einordnungskriterium darstellt. Freiberufliche Tätigkeiten als solche sind in der Klassifizierung der Berufe zwar nicht gesondert nachgewiesen, da die Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen aber auch nach der Stellung im Beruf aufbereitet werden, kann die Zahl der selbständig freiberuflich Tätigen ermittelt werden. Ergebnisse über Erwerbstätige, die im Betrieb eines selbständigen Freiberuflers tätig sind, lassen sich daraus allerdings nicht ableiten. Diese Angaben können durch eine Arbeitsstättenzählung, die mit der gleichen Periodizität wie die Volkszählungen erfolgt, bereitgestellt werden. Dabei ist zu beachten, daß die Zuordnung der Arbeitsstätten zu den freien Berufen nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Arbeitsstätte erfolgt, während die Zuordnung der Erwerbstätigen in der Volks- und Berufszählung nach der ausgeübten Tätigkeit der Person vorgenommen wird.

Wie schon 1961 stellten 1970 in Rheinland-Pfalz die freien heilkundlichen Berufe mit 4 737 bzw. 4 500 die zahlenmäßig größte Gruppe unter den freien Berufen. Während die Zahl der selbständigen Ärzte in den 60er Jahren mit etwa 2 600 nahezu konstant blieb, verminderte sich die Zahl der Zahnärzte um 250 auf 1 300.

Überdurchschnittlich stark ist in den 60er Jahren die Zahl der in freien technischen und naturwissenschaftlichen Berufen Tätigen gestiegen, und zwar von 2 340 im Jahre 1961 auf 3 100 im Jahre 1970. Gleichzeitig blieb die Zahl der freiberuflich publizistisch und künst-



lerisch Beschäftigten mit annähernd 900 nahezu konstant. Die mit + 32% relativ starke Zunahme der freien technischen und naturwissenschaftlichen Berufe ist zum größten Teil wohl auf die wirtschaftliche Expansion in diesem Bereich zurückzuführen, die einen zusätzlichen Bedarf an spezialisierten Erwerbstätigen begründete. Auch die Zahl der in den freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen Tätigen ist von 1961 auf 1970 um 8,1% auf 2 000 angestiegen. Die in diesen Bereichen festgestellte Tendenz dürfte sich auch nach 1970 fortgesetzt haben.

#### Erwerbstätige in freiberuflichen Praxen und Büros

Die gleichzeitig mit den Volks- und Berufszählungen durchgeführten Arbeitsstättenzählungen liefern eine lückenlose Bestandsaufnahme und damit ein genaues Bild der Struktur der Beschäftigten in den freien Berufen. Als Beschäftigte gelten hier alle am Zählungstichtag in einer Arbeitsstätte tätigen Personen bzw. alle in einem Dienstverhältnis stehenden Arbeitskräfte einschließlich der tätigen Inhaber und Gesellschafter bei Personengesellschaften und der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. Die bei der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen auftretenden Differenzen zwischen den Ergebnissen der Volks- und Arbeitsstättenzählungen dürften auf die unterschiedliche Verfahrensweise bei der Festlegung der branchenmäßigen Zuordnung von Erwerbstätigen einerseits und Beschäftigten andererseits zurückzuführen sein.

Bei den zum Wirtschaftsbereich Dienstleistungen zählenden Angehörigen der freien Berufe waren 1970 insgesamt 20 524 Arbeitnehmer beschäftigt. Somit waren 26,5% der in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Arbeitnehmer bei einem freiberuflich Tätigen beschäftigt. Bei den freien heilkundlichen Berufen waren 7 849 Arbeitnehmer tätig, davon allein 5 461 bei Ärzten. Auf die freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe entfiel mit 7 266 mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer, auf die freien technischen und naturwissenschaftlichen Berufe mit 5 297 etwa jeder vierte Arbeitnehmer. Die Bedeutung der freien Berufe für den Teilarbeitsmarkt der Frauen wird durch den hohen Anteil weiblicher Arbeitnehmer belegt, der bei Ärzten fast 94% erreicht. Bei den Ingenieur- und technischen Büros macht er 24% aus.

Auch im Bereich des beruflichen Ausbildungswesens kommt den freien Berufen große Bedeutung zu. 1970 waren bei ihnen 4 502 Auszubildende beschäftigt, womit 5,4% aller Auszubildenden in einer freiberuflichen Praxis eine Ausbildungsstätte besaßen, während bei den Angehörigen der freien Berufe nur 1,8% aller Arbeitnehmer beschäftigt waren. Die freien Berufe bilden vornehmlich in folgenden Berufen aus: Arzt- und Zahnarztthelfer, Rechtsanwalts-, Patentanwalts- und Notargehilfe, Gehilfe in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen, Bürogehilfe, Bürokaufmann, technischer Zeichner, Bauzeichner, Vermessungstechniker und Chemielaborant. Ein relativ hoher Anteil Auszubildender an den insgesamt beschäftigten Arbeitnehmern wurde 1970 bei den Rechtsanwälten und Notaren (34,3%), den Zahnärzten (29,7%) und den Steuerbevollmächtigten (29,3%) registriert.

#### Beschäftigte in freien Berufen 1970

(Quelle: Arbeitsstättenzählung)

Wirtschaftsgruppe	Tätige Inhaber	Arbeitnehmer		
		insgesamt	weiblich	Auszubildende
Freie heilkundliche Berufe	4 641	7 849	7 176	1 679
Arztpraxis	2 526	5 461	5 122	993
Zahnarztpraxis	1 361	2 259	1 949	672
Freiberufliches Veterinärwesen	257	43	33	2
Heilkundigenpraxis	88	27	22	2
Sonstiges freiberufliches Gesundheitswesen	409	59	50	10
Freie rechts- und wirtschaftsberatende Berufe	2 107	7 266	4 718	1 931
Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterpraxis	421	1 604	1 081	402
Praxis von Steuerbevollmächtigten	737	1 951	1 305	571
Anwaltspraxis, Notariat	753	2 706	1 901	929
Sonstige wirtschaftliche Unternehmensberatung	196	1 005	431	29
Freie technische und naturwissenschaftliche Berufe	1 784	5 297	1 508	880
Ingenieur- und technische Büros	254	1 517	364	126
Architekten-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros	1 530	3 780	1 144	754
Freie publizistische und künstlerische Berufe	415	112	23	12
Schriftsteller, Journalisten	100	11	8	1
Artisten	3	-	-	-
Künstler	312	101	15	11
<b>Insgesamt</b>	<b>8 947</b>	<b>20 524</b>	<b>13 425</b>	<b>4 502</b>

Einen unzureichenden Eindruck über die seitherige Entwicklung vermittelt die Berufsausbildungsstatistik 1979. Danach waren bei freien Berufen 6 150 Auszubildende beschäftigt. Auch hier sind die Auszubildenden bei Apotheken nicht enthalten. Das Stellenangebot der Angehörigen der freien Berufe dürfte sich in Wirklichkeit aber weitaus stärker erhöht haben, denn die Zahl der in der Berufsausbildungsstatistik nachgewiesenen Auszubildenden bei freien Berufen ist wegen der Abgrenzung der einzelnen Ausbildungsbereiche nach den jeweiligen Zuständigkeiten für die Berufsausbildung zu gering. So werden beispielsweise Auszubildende, die bei einem Freiberufler zum technischen Zeichner oder zum Bürogehilfen ausgebildet werden, in der Berufsausbildungsstatistik nicht den freien Berufen zugeordnet, sondern dem Bereich Industrie und Handel, weil die Industrie- und Handelskammern für die oben genannten Ausbildungsberufe zuständig sind.

#### Kostenstruktur freiberuflicher Praxen und Büros

Die alle vier Jahre durchgeführten Kostenstrukturerhebungen geben Anhaltspunkte über den Produktionsaufwand und seine Zusammensetzung in ausgewählten Gruppen freier Berufe. Erfaßt werden Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte und Notare, prüfende sowie wirtschafts- und steuerberatende Berufe, Architekten und beratende Ingenieure. Ergebnisse liegen nur für das Bundesgebiet insgesamt vor, da bei dem geringen Auswahlatz von rund 5% die Daten auf Landesebene nicht als repräsentativ angesehen wer-



den können. Außerdem wird die Erhebung auf freiwilliger Basis durchgeführt, so daß die 5%ige Stichprobe nur im Durchschnitt, nicht aber für einzelne Berufsgruppen, eingehalten werden kann. Erhebungseinheiten sind nicht der einzelne Berufsangehörige, sondern die Praxen bzw. Büros mit jährlichen Einnahmen von mehr als 20 000 DM. Bei der Analyse der Kostenstrukturstatistik ist zu beachten, daß die Kostenstruktur nur für die einzelnen Einnahmegrößenklassen darstellbar ist. Es sind also keine Aussagen über Durchschnittseinnahmen und Durchschnittseinkommen möglich, da Angaben über die tatsächliche Besetzung der Größenklassen fehlen. Die für das Bundesgebiet dargestellten Ergebnisse dürften durchweg auch für Rheinland-Pfalz zutreffen.

Allgemein läßt sich feststellen, daß die Anteile des Reinertrags und der Personalkosten an den Einnahmen von den Einnahmegrößenklassen abhängen, wobei allgemein mit steigenden Einnahmen der Personalkostenanteil steigt und der Anteil des Reinertrags sinkt. Der höchste Reinertragsanteil wurde bei den Ärzten registriert. Er lag hier im Jahre 1975 zwischen 52% und knapp 60% der Einnahmen. Ingenieurbüros konnten 1975 zwischen 17 und 53% der Einnahmen als Reinertrag verbuchen. Auch in den freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen war die Schwankungsbreite relativ groß (26 bis 61%). Im Vergleich zu 1971 hat sich die Reinertrag-Kosten-Relation verschlechtert. 1971 konnten zum Teil wesentlich höhere Anteile der Einnahmen als Reinertrag verbucht werden. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß immer höhere Einnahmen erzielt werden müssen, um den betragsmäßig gleichen Reinertrag zu erwirtschaften.

### **Einkünfte ausgewählter freier Berufe**

Die Einkommensteuerstatistik, die in dreijährigen Abständen als Sekundärstatistik anhand der Unterlagen der Finanzverwaltung durchgeführt wird, gibt Aufschlüsse über die Einkünfte der erfaßten Steuerpflichtigen. In dieser Statistik werden auch einige Gruppen von freien Berufen und deren Einkünfte nachgewiesen. Die Zuordnung der Steuerpflichtigen zu einem freien Beruf erfolgt durch die Finanzverwaltung. In der Einkommensteuerstatistik wird der Steuerpflichtige in einen freien Beruf eingereiht, sofern seine freiberuflichen, das heißt aus selbständiger Tätigkeit erzielten Einkünfte die überwiegende Einkunftsart darstellen. Bezieht er dagegen aus einer anderen in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 4 des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Einkunftsart höhere Einkünfte, so wird er dort statistisch erfaßt. Dementsprechend wird auch ein Steuerpflichtiger, der als Angestellter freiberufliche Tätigkeiten ausübt, mit seinen Einkünften nicht den freien Berufen zugeordnet. Bei Ehegatten, die beide freiberuflich tätig sind und die zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, ist eine Zuordnung zu einem bestimmten freien Beruf nicht möglich. Diese Fälle werden erstmals für 1977 separat ausgewiesen, bleiben aber aus Vergleichsgründen in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt.

Die im Jahre 1977 als Freiberufler in der Statistik erfaßten 10 131 Steuerpflichtigen erzielten Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit von mehr als 1,1 Mrd. DM,

was einem Durchschnittsbetrag von 113 000 DM entspricht. Es handelt sich hierbei um den Gewinn, der sich nach den Vorschriften der §§ 4 bis 7 f des Einkommensteuergesetzes ergibt. Die Betriebsausgaben und die Abschreibungsbeträge sind darin nicht mehr enthalten, während die steuermindernden Sonderausgaben, Vorsorgeaufwendungen, außergewöhnlichen Belastungen und Freibeträge sowie die festgesetzte Einkommensteuerschuld noch nicht abgesetzt sind.

Ärzte stellten 1977 wie in den vorhergehenden Jahren mit 2 990 die zahlenmäßig größte Gruppe der freien Berufe, gefolgt von Architekten, Vermessungs- und Bauingenieuren (1 270) sowie Zahnärzten (1 081). Der Rückgang bzw. die geringe Zunahme von Steuerpflichtigen in einigen freien Berufen dürfte durch eine gewisse Untererfassung bedingt sein, die darauf zurückzuführen ist, daß 1977 erstmals manuell Veranlagte nicht in die Statistik einbezogen sind und daß wegen des komplizierten Veranlagungsverfahrens eine Festsetzung der Einkommensteuerschuld vor dem für die Statistik geltenden Schlußtermin nicht erfolgen konnte.

Die Struktur der Einkünfte der freien Berufe ist sehr heterogen. Wie in den Vorjahren erzielten die Notare mit 240 000 DM je Steuerpflichtigen die höchsten Durchschnittseinkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, gefolgt von den Zahnärzten mit etwa 205 000 DM. Aber auch Ärzte und Patentanwälte lagen mit entsprechenden Einkünften von etwa 174 000 DM erheblich über dem Gesamtdurchschnitt. Alle anderen freien Berufe verdienten weniger als der Durchschnitt, wobei Heilpraktiker (37 000 DM) und sonstige Wirtschaftsberater (49 000 DM) die geringsten Einkünfte verzeichneten. Im Vergleich zu 1974 erhöhten sich die durchschnittlichen Einkünfte der Chemiker und Chemotechniker mit + 85% am stärksten. Auch Patentanwälte (+ 57%), Zahnärzte (+ 42%) und Notare (+ 35%) erzielten überdurchschnittliche Einkommenszuwächse, während sonstige Ingenieure und Techniker (+ 5%), Architekten, Vermessungs- und Bauingenieure (+ 6%) und Ärzte (+ 9,5%) nur unterproportionale Einkunftsverbesserungen realisieren konnten.

### **Umsätze freiberuflicher Praxen und Büros**

In der in zweijährlichem Turnus durchzuführenden Umsatzsteuerstatistik werden die freien Berufe in wirtschaftssystematischer Untergliederung dargestellt. Dabei werden jedoch nicht die einzelnen Berufsangehörigen, sondern die Praxen (auch Gemeinschaftspraxen), Sozietäten und Büros erfaßt, sofern deren steuerbarer Jahresumsatz mindestens 12 000 DM beträgt. Nicht erfaßt werden die sogenannten Jahreszahler, das sind Unternehmen, die von der Abgabe einer Umsatzsteuervoranmeldung deshalb befreit werden, weil zu erwarten ist, daß ihre Steuerschuld im Kalenderjahr den Betrag von 600 DM nicht übersteigen wird. Zu den in der Statistik nachgewiesenen Umsätzen zählen nicht nur solche aus typisch freiberuflicher Tätigkeit, sondern auch andere Erträge.

Die Einordnung der freien Berufe in die Systematik der Wirtschaftszweige erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Steuerpflichtigen. Der wirt-



(Quelle: Einkommensteuerstatistik)

Art der freiberuflichen Tätigkeit	Steuerpflichtige		Einkünfte aus selbständiger Arbeit				
			insgesamt		je Steuerpflichtigen		Veränderung
	1974	1977	1974	1977	1974	1977	
	Anzahl		1 000 DM		DM		
Rechtsanwälte	585	578	44 299	57 860	75 725	100 104	32,2
Notare	127	144	22 511	34 562	177 252	240 014	35,4
Patentanwälte	9	11	997	1 913	110 778	173 909	57,0
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater <sup>2)</sup>	536	434	47 145	48 775	87 957	112 385	27,8
Steuerbevollmächtigte	565	631	28 159	40 442	49 839	64 092	28,6
Sonstige Wirtschaftsberater	39	63	2 390	3 097	61 282	49 159	- 19,8
Ärzte	2 888	2 990	460 511	522 199	159 457	174 648	9,5
Zahnärzte (ohne Zahntechniker)	1 243	1 081	179 411	222 069	144 337	205 429	42,3
Tierärzte	128	125	4 960	6 433	38 750	51 464	32,8
Heilpraktiker	92	108	3 003	4 017	32 641	37 194	13,9
Architekten, Vermessungs- und Bauingenieure <sup>3)</sup>	1 433	1 270	84 766	79 874	59 153	62 893	6,3
Sonstige Ingenieure und Techniker	257	427	16 035	28 023	62 393	65 628	5,2
Chemiker und Chemotechniker	38	44	1 890	4 044	49 737	91 909	84,8
Sonstige	2 063	2 225	64 888	86 936	31 453	39 072	24,2
<b>Insgesamt</b>	<b>10 003</b>	<b>10 131</b>	<b>960 965</b>	<b>1 140 244</b>	<b>96 068</b>	<b>112 550</b>	<b>17,2</b>

1) Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige in freiberuflicher Tätigkeit, bei denen die Einkünfte aus selbständiger Arbeit höher sind als die Einkünfte aus jeder einzelnen anderen Einkunftsart (ausgenommen Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte); ohne zusammenveranlagte Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit. - 2) Einschl. vereidigte Buchprüfer. - 3) Einschl. Garten-, Landschafts- und Innenarchitekten, ohne Film- und Bühnenarchitekten.

schaftliche Schwerpunkt, gemessen an der Wertschöpfung, braucht jedoch nicht mit der überwiegenden Einkunftsart, die der Zuordnung in der Einkommensteuerstatistik zugrunde liegt, übereinzustimmen, so daß auch aus diesem Grunde eine unmittelbare Vergleichbarkeit der Ergebnisse beider Statistiken nicht gegeben ist. Darüber hinaus unterliegen gemäß § 4 Nr. 14 des Umsatzsteuergesetzes die Umsätze aus einer Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt, Heilpraktiker, Krankengymnast, Hebamme oder aus einer ähnlichen heilberuflichen Tätigkeit im Sinne des § 18 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes nicht der Umsatzsteuer. Deren Praxen und Büros sind deshalb ganz überwiegend weder zahlenmäßig noch nach der Umsatzhöhe in der Umsatzsteuerstatistik enthalten.

Die wirtschaftssystematische Gliederung der freien Berufe erfolgte bis zur Erhebung 1978 nach der Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1961). Es ist nicht möglich, für jeden freien Beruf den Umsatz nachzuweisen, da verschiedene freie Berufe zusammengefaßt dargestellt wurden. Durch die Revision der Systematik der Wirtschaftszweige wird die Tiefengliederung auch für die freien Berufe erheblich verfeinert. So werden ab 1980 die selbständigen Schriftsteller und Journalisten separat erfaßt, die Praxen der wirtschafts- und rechtsberatenden Berufe sowie die Ingenieur- und Architekturbüros entsprechend den wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre neu gegliedert.

Zwischen 1970 und 1978 ist die Zahl der Tierarztpraxen von 209 auf 173 (- 17%) kontinuierlich gesunken, während die Anzahl aller anderen Praxen und Büros gestiegen ist. Besonders stark hat die Zahl der Ingenieur- und technischen Büros zugenommen. Hier war schon in den Jahren 1974 und 1976 im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahren eine sprunghafte Steigerung um jeweils gut 100 Büros zu ver-

zeichnen, die sich von 1976 auf 1978 um 149 fortsetzte. Damit hat sich die Zahl der Ingenieur- und technischen Büros von 1970 bis 1978 um nahezu 140% erhöht. Dagegen war die Zunahme bei den Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros mit + 8% sehr gering. Die Anzahl der Praxen von Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern und Steuerberatern erhöhte sich gleichzeitig um mehr als 60%, die der Rechtsanwälte um 25%.

Mit einem Plus von 140% konnten die Tierärzte zwar die größte Umsatzsteigerung gegenüber 1970 verbuchen; ihre Durchschnittsumsätze von knapp 121 000 DM im Jahre 1978 lagen aber immer noch deutlich unter den Umsätzen der anderen hier betrachteten freiberuflichen Praxen und Büros. Die Praxen von Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern und Steuerberatern erzielten im Zeitraum 1970 bis 1978 mit + 110% ebenso überdurchschnittliche Zuwachsraten wie die Rechtsanwälte und Notare (+ 77%). Die im allgemeinen stärker konjunkturabhängigen freien technischen und naturwissenschaftlichen Berufe, wie Architekten und Ingenieure, mußten sich mit wesentlich geringeren Umsatzsteigerungen zufrieden geben. Insbesondere wirkte sich hier der konjunkturelle Abschwung in den Jahren 1974 und 1975 aus. Während Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros ihre Umsätze 1976 gegenüber 1974 noch um knapp 5% erhöhen konnten, mußten Ingenieur- und technische Büros sogar einen Umsatzrückgang um fast 11% in Kauf nehmen. Bei diesen ist die hohe Zahl von Neugründungen bemerkenswert, die bei stagnierendem oder nur gering wachsendem Marktpotential naturgemäß zu Umsatzeinbußen und zu verstärktem Konkurrenzdruck führt.

In Rheinland-Pfalz erzielten im Jahre 1978 die Praxen der Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und



Durchschnittlicher steuerbarer Umsatz ausgewählter  
freiberuflicher Praxen und Büros 1970 - 1978  
(Quelle: Umsatzsteuerstatistik)

Jahr	Tier- arzt- praxis	Rechts- anwalts- praxen und Notariate	Praxen von Wirt- schafts- prüfern, vereidigten Buch- prüfern und Steuer- beratern	Ar- chitektur-, Bau- ingenieur- und Ver- messungs- büros	In- genieur- und tech- nische Büros
Umsatzsteuerpflichtige					
1970	209	637	220	1 528	262
1972	186	633	207	1 535	268
1974	180	656	212	1 505	375
1976	176	686	258	1 500	479
1978	173	798	353	1 651	628
Durchschnittlicher steuerbarer Umsatz in DM					
1970	50 651	167 769	157 895	134 206	205 947
1972	60 704	206 760	252 319	172 545	231 496
1974	76 767	225 892	263 934	182 118	269 504
1976	98 835	279 474	299 833	190 415	240 862
1978	120 954	297 718	330 793	210 980	251 928

Steuerberater mit knapp 331 000 DM den höchsten durchschnittlichen Umsatz. Sie lagen damit aber noch

um mehr als 145 000 DM unter dem Bundesdurchschnitt. Rechtsanwaltspraxen und Notariate setzten im Jahre 1978 im Schnitt nicht ganz 298 000 DM um, während Ingenieur- und technische Büros knapp 252 000 DM Umsatz erreichten. Die Berufskollegen der letztgenannten Gruppe konnten im Bundesgebiet sogar mehr als das Doppelte (533 000 DM) an Umsatz verbuchen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Umsatzhöhe entscheidend von der Rechtsform der Unternehmen mit bestimmt wird. Während im Jahre 1978 in Rheinland-Pfalz die Umsätze der Einzelpraxen von Rechtsanwälten und Notaren 231 000 DM, von Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern und Steuerberatern 259 000 DM, von Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros 168 000 DM sowie von Ingenieur- und technischen Büros 166 000 DM betrugen, erreichten diejenigen der übrigen Rechtsformen insgesamt das Doppelte bis Vierfache. Die in Rheinland-Pfalz nachgewiesenen geringeren durchschnittlichen Umsätze dürften deshalb auch darauf zurückzuführen sein, daß die großen freiberuflichen Sozietäten und Gesellschaften vielfach ihren Unternehmenssitz außerhalb des Landes haben und dort ihre Umsätze anmelden und versteuern, selbst wenn ein Teil des Umsatzes auf rheinland-pfälzische Mandanten entfällt.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

## Soziale Struktur der Angestellten im Oktober 1978

Als Angestellte wurden in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978 - ebenso wie bei früheren Erhebungen und bei den laufenden Verdienststatistiken - die angestelltenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer gezählt, einschließlich derer, die unter besondere Befreiungsvorschriften fallen. Bei Angestellten, deren Bruttomonatsgehalt 7 500 DM (1972: 4 500 DM) übersteigt, wurde auf eine Erfassung des Gehaltes verzichtet.

Wie bei den bisherigen Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft erfolgte

1978 eine Gliederung der Ergebnisse für Angestellte und Arbeiter nach Leistungsgruppen (Qualifikationsstufen). Obwohl die Zuordnung durch die Betriebe in vielen Fällen schwierig ist, kann auf das Leistungsgruppenschema nicht verzichtet werden, weil sich nur auf die Weise Arbeitnehmer ungefähr gleicher Qualifikation zusammenfassen und nach Wirtschaftszweigen vergleichen lassen.

Die Aufteilung der männlichen und weiblichen Angestellten erfolgte nach acht Leistungsgruppen, wobei

Angestellte <sup>1)</sup> im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen im Oktober 1972 und 1978

Geschlecht Wirtschaftsbereich	Leistungsgruppe									
	I b		II		III		IV		V	
	1972	1978	1972	1978	1972	1978	1972	1978	1972	1978
Männliche Angestellte	7,1	7,8	25,0	26,5	51,3	52,0	14,2	12,3	2,4	1,4
Energiewirtschaft	2,2	2,5	21,5	26,1	59,9	62,5	16,3	8,5	0,1	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	8,9	10,5	25,1	26,3	52,3	53,0	12,2	9,2	1,5	1,0
Chemische Industrie (ohne Herst.von Chemiefasern)	17,1	22,0	22,3	19,4	47,9	46,8	11,9	10,1	0,8	1,7
Baugewerbe	3,3	2,7	29,5	26,9	59,3	64,5	6,5	5,9	1,4	-
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4,6	3,3	24,0	26,7	47,0	46,1	19,7	21,1	4,7	2,8
Weibliche Angestellte	0,7	0,7	5,1	4,2	33,9	37,5	48,0	49,1	12,3	8,5
Verarbeitendes Gewerbe	1,0	1,2	4,5	5,3	42,1	46,5	41,5	40,8	10,9	6,2
Chemische Industrie (ohne Herst.von Chemiefasern)	1,6	1,9	6,7	9,7	52,2	52,7	30,8	33,5	8,7	2,2
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	0,4	0,3	5,4	3,2	27,4	30,6	53,4	55,3	13,4	10,6

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 4 500 DM (1972) bzw. von 7 500 DM und mehr (1978).



Angestellte<sup>1)</sup> im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Wirtschaftsbereichen und Beschäftigungsarten im Oktober 1972 und 1978

Wirtschaftsbereich	Männliche Angestellte						Weibliche kaufmännische Angestellte	
	Kaufmännische		Technische		Meister			
	1972	1978	1972	1978	1972	1978	1972	1978
	%							
Energiewirtschaft	40,9	49,0	32,1	34,0	27,0	17,0	92,0	95,1
Verarbeitendes Gewerbe	44,2	39,0	35,6	43,8	20,2	17,2	90,6	88,1
Chemische Industrie (ohne Herst.von Chemiefasern)	36,2	30,8	43,7	51,8	20,1	17,4	82,6	77,7
Baugewerbe	30,3	25,7	64,5	70,8	5,2	3,5	96,7	95,7
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	95,3	95,2	1,5	3,2	3,2	1,6	99,9	99,4
Insgesamt	58,7	54,4	26,9	33,7	14,4	11,9	95,9	94,5

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 4 500 DM (1972) bzw. von 7 500 DM und mehr (1978).

zu den Gruppen I a, I b und II leitende Angestellte bzw. solche mit hohem beruflichen Können gehören. In Leistungsgruppe III a und III b fallen selbständig arbeitende und mit fachlichem Können ausgestattete Kräfte. Die in den Gruppen IV und V Beschäftigten sind Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung in einfacherer Tätigkeit bzw. Angestellte mit einfacher schematischer oder mechanischer Tätigkeit ohne Berufsausbildung. Leistungsgruppe I wird hier ausschließlich durch Gruppe I b repräsentiert, also der Angestellten in leitender Stellung mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis, deren monatliches Gehalt weniger als 7 500 DM beträgt.

Mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Oktober 1978 wurden rund 55 000 Individualangaben erfaßt, was einer hochgerechneten Zahl von rund 466 000 Arbeitnehmern entspricht. Von ihnen waren 39% als Angestellte tätig. Der Anteil weiblicher Angestellter liegt mit knapp 41% erheblich höher als derjenige der Arbeiterinnen (19%).

#### Berufliche Stellung der Frauen nicht wesentlich verbessert

Mehr als die Hälfte der männlichen Angestellten gehörte 1978 zur Leistungsgruppe III, übte also selbständige Funktionen aus, gut jeder dritte (34,3%) zur mittleren Führungsschicht der Gruppe II (26,5%) oder zur Gruppe der leitenden Angestellten I b (7,8%). Rund 12% entfielen auf Gruppe IV, während nur einer

von 100 Angestellten einfache schematische Tätigkeiten ausübte.

Der Vergleich mit den Ergebnissen früherer Strukturuntersuchungen bestätigt den schon Anfang der 60er Jahre erkennbaren Trend einer Verlagerung aus unteren Leistungsgruppen in die mittleren und von diesen in die oberen. Beachtlich ist das Anwachsen der Qualifikationsgruppe II von rund 20% im Jahre 1962 auf fast 27% im Berichtsjahr. In den Leistungsgruppen I bis III hatten 1966 zusammen 81% der männlichen Angestellten gestanden, 1978 waren es bereits 86%.

Die Besetzung der Qualifikationsstufen für die weiblichen Angestellten zeigt ein völlig anderes Bild. Die Anteile der beiden oberen Gruppen I b (0,7%) und II (5,1%) erreichten 1978 zusammen weniger als ein Zehntel. Auch die Gruppe III war mit einem Anteil von knapp vier Zehntel (37,5%) wesentlich geringer besetzt als bei den Männern (52%), während die beiden unteren Gruppen IV (einfache Tätigkeiten mit Berufsausbildung) und V (einfache schematische Tätigkeiten) mit einem Anteil von zusammen fast 58% dominierten. Zwar ist auch bei den weiblichen Angestellten ein leichter Trend zu höherwertiger Tätigkeit festzustellen, das Gesamtbild ihres beruflichen Qualifikationsniveaus hat sich jedoch nicht wesentlich verbessert.

Abweichungen der Leistungsstruktur in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden im allgemeinen von

Angestellte<sup>1)</sup> im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Beschäftigungsarten und Leistungsgruppen im Oktober 1972 und 1978

Geschlecht Beschäftigungsart	Leistungsgruppe									
	I b		II		III		IV		V	
	1972	1978	1972	1978	1972	1978	1972	1978	1972	1978
	%									
Männliche Angestellte	7,1	7,8	25,0	26,5	51,3	52,0	14,2	12,3	2,4	1,4
Kaufmännische	7,6	7,5	24,0	27,1	47,3	48,0	17,3	15,0	3,8	2,4
Technische	9,9	11,0	25,4	26,1	54,0	52,6	10,0	9,9	0,7	0,4
Meister	-	-	27,7	24,4	62,8	68,4	9,5	7,2	-	-
Weibliche Angestellte	0,7	0,7	5,1	4,2	33,9	37,5	48,0	49,1	12,3	8,5
Kaufmännische	0,7	0,7	5,2	4,2	33,2	37,0	48,6	49,4	12,3	8,7

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 4 500 DM (1972) bzw. von 7 500 DM und mehr (1978).



Angestellte<sup>1)</sup> im produzierenden Gewerbe, bei Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Altersgruppen im Oktober 1972 und 1978

Altersgruppe	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	1972	1978	1972	1978
	%			
unter 25 Jahre	11,5	7,5	50,8	42,1
25 - 35 "	30,5	25,2	20,0	26,1
35 - 45 "	27,5	34,6	11,2	15,3
45 - 55 "	19,6	22,8	13,5	10,7
55 und mehr "	10,9	9,9	4,5	5,8
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

1) Ohne Angestellte mit einem Brutton Monatsverdienst von 4 500 DM (1972) bzw. von 7 500 DM und mehr (1978).

den unterschiedlichen Anforderungen an die berufliche Qualifikation bestimmt. Die Anteile der Leistungsgruppen I b bis III lagen 1978 im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe sowohl bei den männlichen als auch bei weiblichen Kräften unter dem Durchschnitt, in der chemischen Industrie teilweise erheblich darüber. Dort befand sich jeder fünfte Angestellte in Gruppe I b (22%; im Durchschnitt 7,8%) und über die Hälfte der Frauen in Gruppe III (52,7%; Durchschnitt 37,5%). Im Baugewerbe (nur männliche Kräfte) dominierte mit Abstand Leistungsgruppe III, zu der zwei von drei Angestellten gehörten (Durchschnitt 52%).

### Jeder dritte männliche Angestellte ist Techniker

Nach Art ihrer Tätigkeit werden die Angestellten in kaufmännische Angestellte, technische Angestellte und Meister eingeteilt. 95% der weiblichen Angestellten waren kaufmännische Angestellte, so daß auf einen detaillierten Nachweis der weiblichen Meister und technischen Angestellten aus Geheimhaltungsgründen verzichtet werden muß. Auch bei den Männern dominierte der Anteil der kaufmännischen Angestellten (54,4%), wenn auch nicht in dem Maße wie bei den weiblichen. Daß 1978 jeder dritte männliche Angestellte (33,7%) einen technischen Beruf ausübte, versteht sich in einer Zeit zunehmender Technisierung von selbst. Gut ein Zehntel (11,9%) hatte Meisterfunktionen.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist die Verteilung nach den Tätigkeitsarten sehr unterschiedlich. Nach wie vor überwiegen im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe die kaufmännischen Angestellten mit 95%. Im verarbeitenden Gewerbe dagegen - hier sind zwei von drei Angestellten technische Kräfte (43,8%) oder Meister (17,2) - ist der Anteil der kaufmännischen Angestellten (39%) deutlich geringer. Im Oktober 1972 waren es noch 44,2% gewesen. In der Energiewirtschaft hat sich der Rückgang des Anteils der kaufmännischen Kräfte (49%; 1972: 40,9%) nicht weiter fortgesetzt, während der im Oktober 1972 dort nachgewiesene hohe Meisteranteil (27%) auf 17% zurückgegangen ist. Auch

in der chemischen Industrie sind weniger Angestellte mit Meisterfunktion zu registrieren. Ihr Anteil verringerte sich von einem Fünftel 1972 auf 17% im Oktober 1978. Jeder zweite männliche Angestellte ist Techniker, und knapp ein Drittel sind kaufmännische Angestellte.

In der Gliederung nach Leistungsgruppen schneiden die im technischen Dienst Beschäftigten auch 1978 - sie sind in den Leistungsgruppen I b und III jeweils etwas stärker vertreten - besser ab als ihre kaufmännischen Kollegen. In der höchsten Qualifikationsstufe hat ihr Anteil sogar 11% erreicht. Im Vergleich zu 1972 zeigt sich auch hier der Trend einer Verschiebung in die oberen Leistungsgruppen.

### Zwei von drei weiblichen Angestellten jünger als 35

Ein erheblicher Unterschied besteht zwischen männlichen und weiblichen Angestellten hinsichtlich der Altersstruktur. Im allgemeinen tritt die Frau schon in jungen Jahren ohne längere Ausbildung in das Berufsleben ein, das sie nach der Eheschließung vielfach wieder aufgibt. Es überrascht deshalb nicht, daß 42% der weiblichen gegenüber nur 7,5% der männlichen Angestellten noch nicht 25 Jahre alt sind. Demgegenüber entfielen 10% der Männer aber nur knapp 6% der Frauen auf die Altersgruppe der 55 Jahre alten und älteren Personen.

Auch die Altersstruktur ist Veränderungen unterworfen. So hat sich der Anteil der unter 25jährigen Frauen von 50,8% im Jahre 1972 auf 42,1% vermindert, derjenige der unter 35jährigen Männer von 42% auf ein Drittel. Diese Veränderungen zugunsten der mittleren Jahrgänge sind hauptsächlich auf den Altersaufbau der Bevölkerung und die längeren schulischen Ausbildungszeiten zurückzuführen.

### Jede zweite Teilzeit-Angestellte zwischen 30 und 45 Jahre alt

Die Altersstruktur der erfaßten Teilzeitbeschäftigten - fast jede vierte weibliche, aber nicht einmal jeder hundertste männliche Angestellte stand 1978 in einem solchen Arbeitsverhältnis - weicht vom Altersaufbau der Vollbeschäftigten erheblich ab. Bei den Frauen dominiert die Altersgruppe der 30- bis 45jährigen (50%). Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei diesem Personenkreis überwiegend um Verheiratete handelt, die wegen Haushalt und Familie vielfach nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben können. Nur zwei von 100 entfallen auf die Altersgruppe der unter 21jährigen. Über 55jährige Frauen sind auch an einer Teilzeitbeschäftigung nicht mehr interessiert (9%). Demgegenüber dürfte es sich bei den teilzeitbeschäftigten männlichen Angestellten - etwa 40 von 100 sind über 55 Jahre alt - vorwiegend um Rentner handeln. Bei den Vollbeschäftigten ist diese Altersgruppe zu einem viel geringeren Prozentsatz (10%) vertreten.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel



# Struktur der Handelsvermittlung 1979

Als Handelsvermittlung im Sinne des Handelsgesetzbuches gilt die Vermittlung des An- oder Verkaufs von Waren in fremdem Namen für fremde Rechnung. Sonderformen des hier tätigen Handelsvertreters sind der Handelsmakler, der Versandhandelsvertreter und die Agenturtankstellen.

Der Handelsvertreter ist selbständiger Gewerbetreibender, der von einem oder mehreren Unternehmen ständig damit betraut ist, für diese Handelsverträge zu vermitteln oder in deren Namen abzuschließen. Der Handelsmakler vermittelt Verträge, ohne in einem ständigen Vertragsverhältnis zu bestimmten Auftragnehmern zu stehen. Der Versandhandelsvertreter nimmt Warenbestellungen im Auftrag der Lieferunternehmen von privaten Haushalten entgegen. Agenturtankstellen verkaufen Kraftstoffe und Schmiermittel für Kraftfahrzeuge überwiegend in fremdem Namen für fremde Rechnung.

Während früher Wirtschaftsunternehmen auch außerhalb ihres Sitzes fast ausschließlich durch eigene Angestellte vertreten wurden, entstand mit der im 19. Jahrhundert einsetzenden industriellen Massenproduktion ein Netz selbständiger Vermittler. Der Handelsvertreter, der oft für mehrere Firmen gleichzeitig tätig ist, ermöglicht es den Produzenten, den Absatz auch leichter in solche Gebiete zu tragen, in denen eine Vertretung durch eigene Handlungsreisende unwirtschaftlich wäre. Neben dem Warenabsatz an Händler oder Verbraucher vermitteln Handelsvertreter eine Reihe anderer Leistungen des Wirtschaftslebens, insbesondere Transporte, Versicherungen und Anzeigen.

Der Handelsvertreter ist im allgemeinen nur zur Vermittlung von Geschäften befugt, in Ausnahmefällen auch zum Abschluß. Aufgrund seiner Leistung hat er Anspruch auf Provision, welche vom Wert der Einzelgeschäfte berechnet wird. Die Provision ist auf die

Geschäfte begrenzt, die durch seine Tätigkeit zustande gekommen und tatsächlich ausgeführt sind.

## Untere Erfassungsgrenze 12 000 DM

In die Handels- und Gaststättenzählung 1979 wurden alle Unternehmen der Handelsvermittlung einbezogen, die am 31. März 1979 ausschließlich oder überwiegend Handelsvermittlungstätigkeit ausübten und im Jahre 1978 einen Umsatz von mindestens 12 000 DM erzielten. Hinzu kamen alle Neugründungen bis zum Stichtag, unabhängig der Umsatzhöhe. Da bei der letzten Zählung im Jahre 1968 als untere Erfassungsgrenze 2 500 DM Umsatz im Jahre 1967 galt, werden beim Zeitvergleich nur die Unternehmen mit mindestens 12 000 DM berücksichtigt. Während bei Geschäften in eigenem Namen der Umsatz dem Gesamtbetrag der mit den Kunden abgerechneten Lieferungen entspricht, rechnet bei Geschäften in fremdem Namen lediglich das Entgelt für die Leistungen, das heißt die Provisionen und Kostenvergütungen aus der Warenvermittlung. Aus diesem Grunde sind die Umsatzangaben der Handelsvermittlung nur bedingt mit denen der übrigen Erhebungsbereiche vergleichbar.

Die wirtschaftssystematische Gliederung erfolgte nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979. Da diese revidierte Fassung in verschiedenen Punkten von der 1968 gültigen abweicht, wurden die 68er Ergebnisse entsprechend umgeschlüsselt.

## Durchschnittlich 2,2 Beschäftigte je Unternehmen

Am 31. März 1979 gab es in Rheinland-Pfalz 4 196 Unternehmen der Handelsvermittlung, darunter 921 Agenturtankstellen. Seit 1968 hat die Gesamtzahl der Unternehmen um 11% zugenommen, obwohl der Bestand an Agenturtankstellen um fast ein Viertel zurück ging. Auch die Vermittlung von feinmechanischen

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz der Handelsvermittlung nach Wirtschaftsgruppen Ende März 1979

Wirtschaftsgruppe	Unternehmen		Beschäftigte					Umsatz <sup>1)</sup> 1978		
	insgesamt	Veränderung zu 1968	insgesamt	Veränderung zu 1968	je Unternehmen	Arbeitnehmer	Teilzeitbeschäftigte	insgesamt	Veränderung zu 1967	je Beschäftigten
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl		1 000 DM	%	DM
Landwirtschaftliche Grundstoffe, Tiere, textile Rohstoffe	102	22,9	335	119,6	3,3	214	59	48 767	1 079,9	145 140
Technische Chemikalien, Mineralölzeugnisse <sup>2)</sup> , Erze, Holz, Baustoffe	287	34,7	628	20,3	2,2	270	133	35 600	137,3	56 688
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	648	2,0	1 379	- 1,0	2,1	488	376	72 833	85,5	52 816
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	522	41,8	903	41,5	1,7	219	191	45 741	150,3	50 654
Eisen- und Metallwaren, Möbel, Einrichtungsgegenstände	541	108,9	1 112	78,2	2,1	374	229	54 409	159,9	48 929
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Spielwaren	63	- 43,8	163	- 23,1	2,6	80	27	8 428	42,0	51 706
Fahrzeuge, Maschinen, technischer Bedarf	421	2,4	875	- 2,7	2,1	300	196	42 863	25,2	48 930
Sonstige Waren	326	63,8	515	50,6	1,6	123	108	22 010	108,6	42 738
Versandhandelsvertretung	365	20,1	498	30,7	1,4	48	120	11 678	49,1	23 450
Tankstellen (Absatz in fremdem Namen)	921	- 23,0	2 872	- 14,4	3,1	1 347	692	126 690	46,4	44 112
<b>Insgesamt</b>	<b>4 196</b>	<b>11,0</b>	<b>9 282</b>	<b>8,9</b>	<b>2,2</b>	<b>3 463</b>	<b>2 131</b>	<b>469 020</b>	<b>93,2</b>	<b>50 530</b>

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Tankstellen.



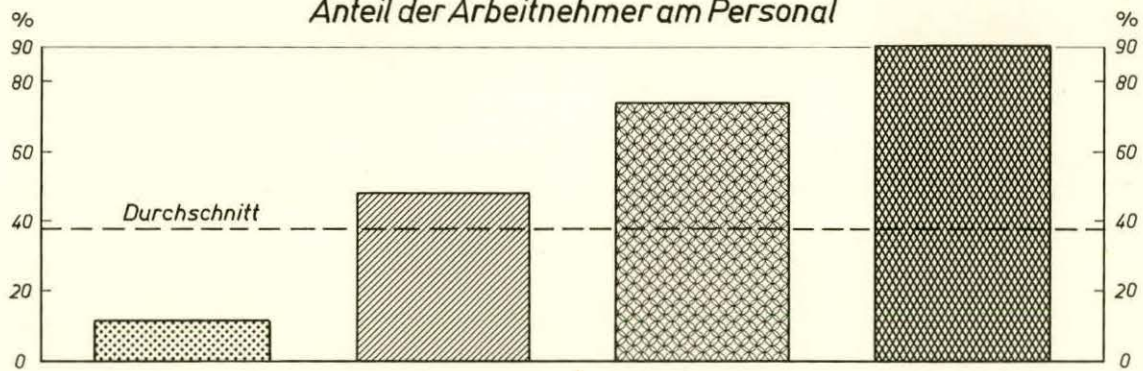
Wirtschaftszweig	Unter- nehmen	Beschäftigte		Umsatz <sup>1)</sup> 1978				Wert der gegen Provision ver- mittelten Waren 1978
		ins- gesamt	Teilzeit- be- schäf- tigte	ins- gesamt	aus Handels- ver- mittlung	je Be- schäf- tigten	mittlerer Pro- visions- satz	
		Anzahl	%	1 000 DM	%	DM	%	
Landwirtschaftliche Grundstoffe, Tiere, textile Rohstoffe	102	336	17,6	48 767	43,6	145 140	4,2	505 482
Getreide, Futter- und Düngemittel	38	51	19,6	1 385	88,0	27 157	5,3	22 871
Häute, Felle, Leder	42	233	11,6	44 738	39,0	192 009	4,0	435 733
Technische Chemikalien, Mineralölzeug- nisse <sup>2)</sup> , Erze, Holz, Baustoffe	287	628	21,2	35 600	79,9	56 688	4,3	668 451
Holzhalbwaren, Bauelemente aus Holz	43	78	16,7	4 288	91,8	54 974	3,3	118 895
Baustoffe, Bauelemente aus mineralischen Stoffen	138	302	21,9	16 839	84,6	55 758	4,1	348 037
Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung	50	129	28,7	6 445	72,0	49 961	6,1	75 959
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	648	1 379	27,3	72 833	79,0	52 816	4,0	1 423 777
Speise- und Industriekartoffeln, Gemüse, Obst	21	41	31,7	6 877	54,8	167 732	16,6	22 748
Zucker, Süßwaren	17	54	14,8	10 315	50,9	191 019	6,1	85 534
Wild, Geflügel, Fleisch, Fleischwaren	21	70	34,3	2 536	92,4	36 229	3,8	62 134
Sonstige Nahrungsmittel	46	87	21,8	3 603	97,3	41 414	6,3	55 379
Wein, Spirituosen	428	810	26,9	38 113	85,7	47 053	3,7	875 656
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	522	903	21,2	45 741	91,7	50 654	4,1	1 014 625
Oberbekleidung	78	136	17,6	5 767	98,6	42 404	3,0	190 254
Heimtextilien, Bodenbeläge, Bettwaren	47	85	21,2	4 745	96,0	55 824	4,6	99 514
Leder- und Täschnerwaren (ohne Schuhe)	29	51	17,6	2 805	90,5	55 000	6,5	38 862
Eisen- und Metallwaren, Möbel, Ein- richtungsgegenstände	541	1 112	20,6	54 409	86,3	48 929	5,5	857 619
Metall- und Kunststoffwaren, a.n.g.	214	365	25,8	14 677	88,6	40 211	5,4	239 134
Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	131	368	12,5	19 605	73,7	53 274	6,9	208 905
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Spielwaren	63	163	16,6	8 428	77,6	51 706	8,1	80 299
Foto- und Kinogeräte, fototechnische und -chemisches Material	7	48	6,3	3 886	55,1	80 958	7,9	27 200
Sonstige feinmechanische und optische Erzeugnisse	11	23	34,8	733	98,4	31 870	12,7	5 673
Fahrzeuge, Maschinen, technischer Bedarf	421	876	22,4	42 863	72,9	48 930	5,3	591 359
Landmaschinen, landwirtschaftliche Geräte	33	77	27,3	3 885	74,3	50 455	5,7	50 993
Maschinen (ohne Land- und Spezial- maschinen)	124	261	29,1	13 068	74,1	50 069	5,5	176 066
Technischer Spezialbedarf für bestimmte Wirtschaftszweige	35	69	21,7	4 350	60,9	63 043	4,0	65 673
Chemisch-technische Erzeugnisse	46	80	26,3	3 294	88,1	41 175	4,9	59 148
Technischer Bedarf, a.n.g., Hanf- und Hartfasererzeugnisse	40	86	25,6	4 214	85,8	49 000	5,0	72 728
Sonstige Waren	326	515	21,0	22 010	80,7	42 738	4,8	370 381
Pharmazeutische Erzeugnisse	24	40	32,5	1 698	73,9	42 450	8,8	14 248
Medizinische und orthopädische Artikel, Labor- und Friseurbedarf	14	28	17,9	1 148	83,2	41 000	5,0	19 112
Kosmetische Erzeugnisse, Reinigungs- mittel u.ä.	49	71	22,5	2 226	99,7	31 352	7,8	28 409
Papier, Pappe (ohne Verpackungsmittel)	22	35	14,3	1 508	100,0	43 086	4,5	33 345
Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikel	51	93	19,4	7 951	57,2	85 495	7,9	57 340
Bücher, Zeitschriften, Musikalien	34	51	29,4	1 557	99,3	30 529	9,8	15 733
Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren	8	9	-	183	100,0	20 333	5,5	3 350
Fertigwaren	97	124	16,1	2 345	99,5	18 911	2,3	99 570
Versandhandelsvertretung	365	498	24,1	11 678	98,3	23 450	11,7	97 988
Nahrungsmittel	6	14	35,7	305	100,0	21 786	6,6	4 601
Getränke, Tabakwaren	13	22	40,9	389	97,7	17 682	9,2	4 125
Textilien, sonstige Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	30	47	31,9	935	99,9	19 894	6,9	13 519
Metall- und Kunststoffwaren, a.n.g.	29	51	39,2	946	99,4	18 549	16,3	5 777
Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	136	173	14,5	4 790	97,2	27 688	17,8	26 077
Möbel, Kunstgegenstände u.ä.	16	21	19,0	684	100,0	32 571	6,9	9 911
Kfz., Kfz.-Teile und -Reifen	7	9	22,2	195	84,7	21 667	6,5	2 540
Sonstige Fahrzeuge, Maschinen, tech- nischer Bedarf	3	4	50,0	41	100,0	10 250	5,7	719
Bücher, Zeitschriften, Musikalien	13	20	10,0	553	98,5	27 650	13,3	4 080
Sonstige Waren, a.n.g.	18	35	37,1	937	100,0	26 771	12,1	7 720
Waren verschiedener Art	70	75	22,7	1 246	99,9	16 613	9,1	13 636
Tankstellen (Absatz in fremdem Namen)	921	2 872	24,1	126 690	51,6	44 112	6,4	1 027 025
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>4 196</b>	<b>9 282</b>	<b>23,0</b>	<b>469 020</b>	<b>70,0</b>	<b>50 530</b>	<b>4,9</b>	<b>6 637 006</b>

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Tankstellen.

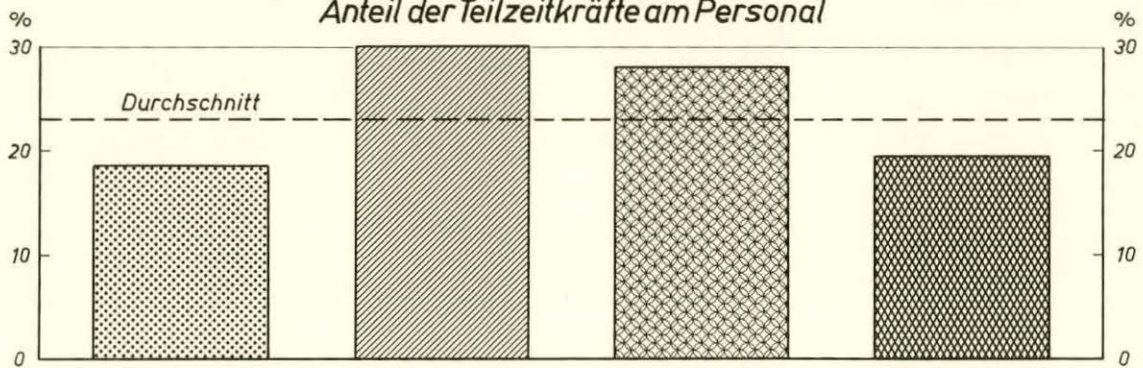


## Größenstruktur der Handelsvermittlung Ende März 1979

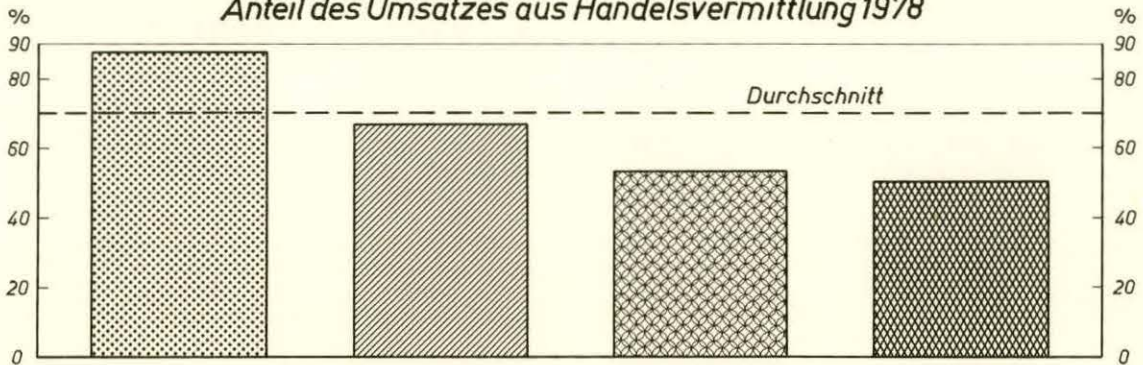
Anteil der Arbeitnehmer am Personal



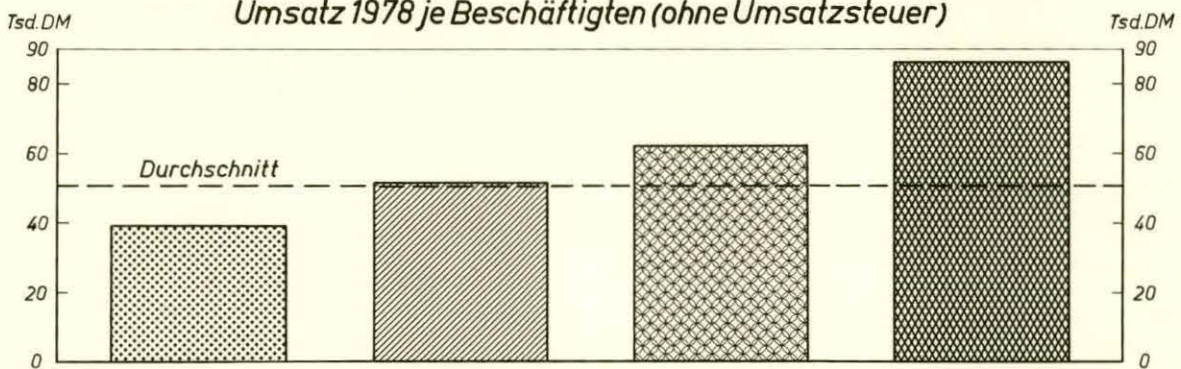
Anteil der Teilzeitkräfte am Personal



Anteil des Umsatzes aus Handelsvermittlung 1978



Umsatz 1978 je Beschäftigten (ohne Umsatzsteuer)



Unternehmen mit.....Beschäftigten

1 und 2

3-5

6-9

10 und mehr



Beschäftigten- größenklasse	Unter- nehmen	Beschäftigte			Umsatz <sup>1)</sup> 1978				Wert der gegen Provision ver- mittelten Waren 1978
		ins- gesamt	Arbeit- nehmer	Teilzeit- be- schäf- tigte	ins- gesamt	aus Handels- ver- mittlung	je Beschäf- tigten	mittlerer Pro- visions- satz	
		Anzahl	%	%	1 000 DM	%	DM	%	
1 oder 2 Beschäftigte	3 265	4 625	11,4	18,6	181 081	87,6	39 153	4,8	3 336 146
3 - 5 "	734	2 642	48,2	30,1	136 927	67,1	51 827	5,3	1 729 896
6 - 9 "	136	960	73,9	28,1	59 897	53,4	62 393	5,3	602 816
10 u. mehr "	61	1 055	90,3	19,5	91 115	50,5	86 365	4,8	968 148
<b>Insgesamt</b>	<b>4 196</b>	<b>9 282</b>	<b>37,3</b>	<b>23,0</b>	<b>469 020</b>	<b>70,0</b>	<b>50 530</b>	<b>4,9</b>	<b>6 637 006</b>

1) Ohne Umsatzsteuer.

und optischen Erzeugnissen einschließlich Schmuck und Spielwaren war durch eine Einbuße von 44% gekennzeichnet, während für alle übrigen Wirtschaftsgruppen Zugänge ermittelt wurden. Die Zahl der Unternehmen des Eisen- und Metallwarenssektors einschließlich Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen hat sich mehr als verdoppelt. Die nach den Agenturtankstellen häufigste Sparte der Handelsvermittlung war die Vermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (648 Unternehmen). Ihre Zahl blieb seit 1968 nahezu unverändert.

In Unternehmen der Handelsvermittlung arbeiteten Ende März 1979 insgesamt 9 280 Beschäftigte, was einem Schnitt von 2,2 tätigen Personen je Unternehmen entspricht. 1968 waren 2,3 ermittelt worden. Ganz anders verlief die Entwicklung im Einzelhandel, wo sich infolge des fortschreitenden Konzentrationsprozesses die mittlere Unternehmensgröße spürbar erhöhte. Bei der Handelsvermittlung gibt es nur relativ geringe Abweichungen der einzelnen Wirtschaftsgruppen von der Durchschnittsgröße.

Die Handelsvermittlung ist durch den Einsatz familienangehöriger Arbeitskräfte gekennzeichnet. In vie-

len Unternehmen ist der Mitarbeiter des Inhabers dessen Ehepartner. Von den insgesamt 9 280 Beschäftigten waren nur 37% Arbeitnehmer. Auch die Tatsache, daß fast ein Viertel der Beschäftigten Teilzeitkräfte waren, ist charakteristisch für die bei der Handelsvermittlung stark ausgeprägte klein- und mittelständische Unternehmensstruktur. Dies zeigt sich auch darin, daß 95% der Unternehmen in der Rechtsform eines Einzelunternehmens betrieben werden. Nur 105 Unternehmen firmierten als Personengesellschaft mit mehr als einem Inhaber und 113 als Kapitalgesellschaften.

#### 50 530 DM Umsatz je Beschäftigten

Im Jahre 1978 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Unternehmen der Handelsvermittlung einen Umsatz ohne Umsatzsteuer von 470 Mill. DM, der sich hauptsächlich aus Provisionen und Kostenvergütungen zusammensetzte. Gegenüber 1967 (damals einschließlich Umsatzsteuer) hat sich der Umsatz fast verdoppelt (+ 93%). Diese Steigerung ist allerdings zum großen Teil auf die Preisentwicklung zurückzuführen. Der Index der Erzeugerpreise von Produkten

Unternehmen und Beschäftigte der Handelsvermittlung nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen Ende März 1979

Wirtschaftsgruppe	Unternehmen						Beschäftigte					
	ins- gesamt	mit ... Beschäftigten					ins- gesamt	in Unternehmen mit ... Beschäftigten				
		1	3	6	10	50 und mehr		1	3	6	10	50 und mehr
	Anzahl	2	5	9	49		Anzahl	2	5	9	49	
Landwirtschaftliche Grundstoffe, Tiere, textile Rohstoffe	102	78,4	8,8	5,9	6,9	-	336	35,4	10,1	12,8	41,7	-
Technische Chemikalien, Mineralölzeugnisse <sup>1)</sup> , Erze, Holz, Baustoffe	287	78,0	17,4	3,2	1,4	-	628	49,4	29,3	10,3	11,0	-
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	648	78,5	17,6	2,2	1,7	-	1 379	51,7	28,6	7,5	12,2	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	522	90,2	7,9	1,3	0,6	-	903	75,7	15,2	5,4	3,7	-
Eisen- und Metallwaren, Möbel, Einrichtungsgegenstände	541	86,9	11,1	1,3	0,7	-	1 112	58,7	19,3	4,5	17,5	-
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Spielwaren	63	77,8	12,7		9,5	-	163	39,3	19,0		41,7	-
Fahrzeuge, Maschinen, technischer Bedarf	421	78,9	17,8	1,9	1,4	-	876	54,2	29,8	6,1	9,9	-
Sonstige Waren	326	92,3	5,2	1,6	0,9	-	515	74,5	11,3	7,6	6,6	-
Versandhandelsvertretung	365	95,6	3,6	-	0,8	-	498	82,6	9,0	-	8,4	-
Tankstellen (Absatz in fremdem Namen)	921	52,1	37,6	8,3	2,0	-	2 872	28,3	44,7	18,3	8,7	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4 196</b>	<b>77,8</b>	<b>17,5</b>	<b>3,2</b>	<b>1,5</b>		<b>9 282</b>	<b>49,8</b>	<b>28,5</b>	<b>10,3</b>	<b>11,4</b>	

1) Ohne Tankstellen.



Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz der Handelsvermittlung in den Verwaltungsbezirken Ende März 1979

Verwaltungsbezirk	Unter- nehmen	Beschäftigte		Umsatz <sup>1)</sup> 1978				Wert der gegen Provision ver- mittelten Waren 1978
		ins- gesamt	Teilzeit- be- schäftigte	ins- gesamt	aus Handels- ver- mittlung	je Beschäf- tigten	mittlerer Pro- visions- satz	
		Anzahl	%	1 000 DM	%	DM	%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	162	538	16,4	27 878	77,3	51 818	4,8	449 860
Landkreise								
Ahrweiler	121	266	25,9	11 537	68,6	43 372	4,0	195 919
Altenkirchen (Ww.)	111	239	25,9	8 241	68,5	34 481	5,4	103 730
Bad Kreuznach	201	418	25,6	16 965	84,4	40 586	6,0	240 256
Birkenfeld	65	153	20,3	6 891	67,7	45 039	6,9	67 600
Cochem-Zell	76	174	26,4	6 828	58,3	39 241	4,9	80 872
Mayen-Koblenz	200	440	22,7	25 224	73,5	57 327	5,6	329 790
Neuwied	207	398	20,1	17 744	81,6	44 583	4,2	342 277
Rhein-Hunsrück-Kreis	88	178	20,8	8 954	73,2	50 303	6,5	100 554
Rhein-Lahn-Kreis	105	198	27,8	7 802	69,3	39 404	4,8	113 598
Westerwaldkreis	234	496	23,8	23 282	81,3	46 940	5,2	364 669
RB Koblenz	1 570	3 498	22,7	161 346	75,6	46 125	5,1	2 389 125
Kreisfreie Stadt Trier	112	271	25,5	10 625	79,1	39 207	5,7	147 957
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	140	291	17,9	15 432	62,7	53 031	5,4	179 411
Bitburg-Prüm	55	126	17,5	4 561	57,9	36 198	7,1	37 453
Daun	43	76	23,7	3 128	73,0	41 158	7,4	30 964
Trier-Saarburg	126	217	30,9	6 022	90,4	27 751	4,7	116 872
RB Trier	476	981	23,2	39 768	71,5	40 538	5,5	512 657
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	38	75	22,7	5 628	58,3	75 040	7,2	45 323
Kaiserslautern	146	300	19,0	13 353	81,3	44 510	5,5	196 292
Landau i.d.Pfalz	72	188	24,5	8 898	77,5	47 330	3,1	224 175
Ludwigshafen a.Rhein	130	317	29,0	13 943	64,0	43 984	5,6	160 208
Mainz	180	501	24,6	28 718	64,9	57 321	4,9	379 515
Neustadt a.d.Weinstr.	89	211	28,9	8 395	79,4	39 787	4,6	145 631
Pirmasens	170	489	16,4	57 541	47,7	117 671	4,2	659 636
Speyer	47	110	26,4	6 223	60,0	56 573	5,2	71 291
Worms	89	205	18,5	10 332	73,8	50 400	4,7	161 338
Zweibrücken	45	97	39,2	2 851	77,5	29 392	4,0	55 625
Landkreise								
Alzey-Worms	119	226	23,5	8 793	80,0	38 907	4,1	171 289
Bad Dürkheim	162	341	22,0	15 116	77,0	44 328	4,1	284 766
Donnersbergkreis	55	98	21,4	3 564	78,3	36 367	4,8	57 840
Germersheim	86	158	27,2	7 209	64,7	45 627	5,3	87 320
Kaiserslautern	92	231	19,9	9 505	83,7	41 147	5,8	136 152
Kusel	46	94	23,4	4 498	74,8	47 851	5,5	61 540
Südliche Weinstraße	151	293	23,2	19 925	54,8	68 003	5,3	205 217
Ludwigshafen	100	224	22,3	10 517	65,7	46 951	5,8	118 298
Mainz-Bingen	179	385	27,3	15 549	77,9	40 387	5,1	236 131
Pirmasens	154	260	17,7	17 348	83,1	66 723	5,2	277 637
RB Rheinhessen-Pfalz	2 150	4 803	23,1	267 906	66,5	55 779	4,8	3 735 224
Rheinland-Pfalz	4 196	9 282	23,0	469 020	70,0	50 530	4,9	6 637 006
Kreisfreie Städte	1 280	3 302	22,4	194 385	64,9	58 869	4,7	2 696 851
Landkreise	2 916	5 980	23,3	274 635	73,7	45 926	5,1	3 940 155

1) Ohne Umsatzsteuer.



Wirtschaftsgruppe	Unternehmen					Umsatz <sup>1)</sup> 1978				
	insgesamt	Neugründungen	mit einem Umsatz von ... DM			insgesamt	Neugründungen	in Unternehmen mit einem Umsatz von ... DM		
			12 000 – 50 000	50 000 – 500 000	500 000 und mehr			12 000 – 50 000	50 000 – 500 000	500 000 und mehr
			Anzahl	%		1 000 DM		%		
Landwirtschaftliche Grundstoffe, Tiere, textile Rohstoffe	102	2,0	45,1	39,2	13,7	48 767	0,4	2,3	12,2	85,1
Technische Chemikalien, Mineralöl-erzeugnisse <sup>2)</sup> , Erze, Holz, Baustoffe	287	7,0	41,8	45,6	5,6	35 600	1,6	8,8	46,9	42,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	648	3,4	52,6	41,4	2,6	72 833	0,2	12,2	49,2	38,4
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	522	6,9	39,7	52,2	1,2	45 741	2,3	12,0	68,3	17,4
Eisen- und Metallwaren, Möbel, Einrichtungsgegenstände	541	8,9	45,8	43,4	1,9	54 409	1,7	11,9	54,0	32,4
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Spielwaren	63	12,7	38,1	49,2		8 428	7,0	8,5	84,5	
Fahrzeuge, Maschinen, technischer Bedarf	421	7,6	37,1	52,7	2,6	42 863	0,9	9,7	71,7	17,7
Sonstige Waren	326	11,1	58,9	28,5	1,5	22 010	1,1	21,1	44,0	33,8
Versandhandelsvertretung	365	11,5	73,4	15,1	–	11 678	3,9	54,2	41,9	–
Tankstellen (Absatz in fremdem Namen)	921	3,2	30,8	62,4	3,6	126 690	1,2	6,5	72,9	19,4
<b>Insgesamt</b>	<b>4 196</b>	<b>6,6</b>	<b>44,9</b>	<b>45,8</b>	<b>2,7</b>	<b>469 020</b>	<b>1,3</b>	<b>10,4</b>	<b>55,6</b>	<b>32,7</b>

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Tankstellen.

der gewerblichen Wirtschaft ist zwischen 1967 und 1978 um 53% gestiegen.

Für die Handelsvermittlung errechnet sich für 1978 ein Umsatz von 50 530 DM je Beschäftigten. Die Mehrzahl der Wirtschaftsgruppen zeigt nur relativ geringe Abweichungen von diesem Durchschnittssatz. Ein außerordentlich hoher Wert von über 145 000 DM wurde für die Vermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen und Tieren ermittelt.

Der Umsatz des Jahres 1978 bestand zu 70% aus Provisionen. Bei einem Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren von mehr als 6,6 Mrd. DM ergab sich ein mittlerer Provisionssatz von 4,9%. Besonders hohe Provisionssätze wurden für die Vermittlung von Speise- und Industriekartoffeln, Gemüse und Obst (16,6%), von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (12,7%) sowie von Büchern, Zeitschriften und Musikalien (9,8%) ermittelt. Auch für die Versandhandelsvertretungen errechnet sich ein überdurchschnittlich hoher Provisionssatz von 11,7%.

#### Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten setzten 86 370 DM je Beschäftigten um

Von den 4 196 Unternehmen der Handelsvermittlung hatten 78% ein oder zwei Beschäftigte. Diese 3 265 Unternehmen verfügten über 50% des Personals und tätigten 39% des Umsatzes. Nur 61 Unternehmen wiesen zehn und mehr Beschäftigte aus. Diese waren mit 11% an den tätigen Personen und zu fast 20% am Umsatz beteiligt. Der Umsatz je Beschäftigten steigt mit zunehmender Unternehmensgröße. Während die Unternehmen mit weniger als drei Personen einen Pro-Kopf-Umsatz von 39 150 DM erwirtschafteten, waren es bei den Unternehmen mit zehn und mehr Personen 86 365 DM. Mit steigender Beschäftigtenzahl sinkt der Anteil der Provisionen am Gesamtumsatz.

Unter den Beschäftigten der Unternehmen mit ein oder zwei Personen befanden sich 11% Arbeitnehmer, während es bei Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten über 90% waren. Bei knapp einem Viertel des Personals handelte es sich um Teilzeitkräfte, deren Anteil in mittelgroßen Unternehmen am höchsten war.

Im Jahre 1978 tätigten 45% der Handelsvermittlungsunternehmen Umsätze von weniger als 50 000 DM. Nur jedes 100. Unternehmen erzielte Umsätze von mehr als 1 Mill. DM. Diese Großunternehmen waren mit 22% am Umsatz beteiligt. Unter den Wirtschaftsgruppen wies die Vermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen und Tieren den höchsten Anteil an Unternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Umsatz auf (8% der Unternehmen mit 77% des Gesamtumsatzes).

#### In kreisfreien Städten 2,6 Beschäftigte je Unternehmen

Ende März 1979 beschäftigten die Unternehmen der Handelsvermittlung in den kreisfreien Städten durchschnittlich 2,6 Personen, in den Landkreisen waren es zwei. Dieser unterschiedlichen Größenstruktur entspricht bei den kreisfreien Städten ein höherer Umsatz je tätiger Person (58 870 DM) und ein geringerer Anteil des Umsatzes aus Handelsvermittlung (65%). Der mittlere Provisionssatz belief sich in den städtischen Gebieten auf 4,7%, im ländlichen Bereich auf 5,1%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die höchsten Provisionssätze für die mittelgroßen Unternehmen errechnet wurden. In 21 Verwaltungsbezirken übertrafen die Provisionssätze den Landesdurchschnitt von 4,9%. Die höchsten Sätze waren im Landkreis Daun (7,4%) und in der Stadt Frankenthal (7,2%) zu verzeichnen. Den mit Abstand höchsten Umsatz je Beschäftigten von nahezu 118 000 DM tätigten die in der Stadt Pirmasens ansässigen Unternehmen.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980					1981		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 632	3 639	3 634	3 635	3 635	3 642	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 896	1 939	963	1 409	1 761	1 801	995 <sup>P</sup>	1 229 <sup>P</sup>	1 582 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	3,1	4,9	5,7	5,8	3,2 <sup>P</sup>	4,4 <sup>P</sup>	5,1 <sup>P</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 900	3 104	3 109	2 850	3 130	3 073	2 792 <sup>P</sup>	2 853 <sup>P</sup>	3 159 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,2	10,1	9,9	10,1	9,9	9,0 <sup>P</sup>	10,2 <sup>P</sup>	10,2 <sup>P</sup>
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 592	3 631	3 822	3 661	3 838	3 686	3 454 <sup>P</sup>	3 559 <sup>P</sup>	4 094 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	12,0	12,4	12,7	12,4	11,9	11,2 <sup>P</sup>	12,7 <sup>P</sup>	13,2 <sup>P</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	36	40	50	28	40	38	33 <sup>P</sup>	28 <sup>P</sup>	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,6	12,9	16,6	10,2	12,9	12,2	11,1 <sup>P</sup>	9,3 <sup>P</sup>	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	— 692	— 527	— 713	— 811	— 708	— 613	— 662 <sup>P</sup>	— 706 <sup>P</sup>	— 935 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 2,3	— 1,7	— 2,3	— 2,8	— 2,3	— 2,0	— 2,1 <sup>P</sup>	— 2,5 <sup>P</sup>	— 3,0 <sup>P</sup>
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 947	8 551	8 809	6 954	8 287	...	...	...	...
Ausländer	Anzahl	2 253	2 603	2 942	2 466	2 785	...	...	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 182	4 621	4 939	4 044	5 105	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 110	7 250	7 078	5 748	6 748	...	...	...	...
Ausländer	Anzahl	1 500	1 586	1 391	1 218	1 531	...	...	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 014	4 208	4 171	3 358	4 206	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	837	1 301	1 731	1 206	1 539	...	...	...	...
Ausländer	Anzahl	754	1 017	1 551	1 248	1 254	...	...	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	168	414	768	686	899	...	...	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 515	11 176	11 700	9 135	10 013	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	48 262	50 144	60 940	56 562	47 004	69 441	80 554	77 786	69 137
* Männer	Anzahl	23 121	24 008	33 705	30 084	22 520	38 199	46 850	44 533	36 950
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 396	1 236	3 349	2 117	876	4 203	5 333	3 144	1 385
Bauberufe	Anzahl	2 064	2 421	4 146	3 620	2 331	4 598	6 552	6 346	4 915
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 031	17 979	22 242	20 995	17 438	25 798	29 748	29 950	27 095
Arbeitslosenquote	%	3,7	3,8	4,7	4,3	3,6	5,2	6,1	5,8	5,2
Offene Stellen	Anzahl	15 375	15 683	14 431	16 518	17 942	11 317	11 786	11 984	12 440
Männer	Anzahl	10 052	10 047	9 181	10 750	11 719	7 030	7 297	7 436	7 724
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	587	485	349	560	582	344	348	406	580
Bauberufe	Anzahl	1 366	1 029	946	1 108	1 291	432	529	605	767
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 198	6 281	5 980	6 900	7 227	4 081	4 329	4 249	4 286
Kurzarbeiter	Anzahl	4 731	8 558	5 131	8 087	7 289	16 403	16 663	22 102	20 531
Männer	Anzahl	3 095	6 245	3 674	6 364	5 116	12 384	11 890	16 017	14 133
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	673	.	.	.	673	.	.	.
* Milchkühe	1 000	236	235	.	.	.	235	.	.	.
* Schweine	1 000	687	695	.	.	.	695	.	.	.
Mastschweine	1 000	238	243	.	.	.	243	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	79	78	.	.	.	78	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	51	49	.	.	.	49	.	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	15 621	16 413	16 874	14 630	16 627	18 784	17 878	15 715	17 311
* Kälber	Anzahl	393	369	300	359	438	427	280	291	302
* Schweine	Anzahl	109 399	113 707	113 890	103 417	121 846	124 665	115 599	109 044	118 029
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 917	12 411	18 221	14 291	15 195	21 464	18 749	13 822	13 727
<b>Schlachtmengen 6)</b>										
* Rinder	t	13 593	14 061	14 267	12 692	14 807	15 612	14 707	13 443	14 602
* Kälber	t	4 633	4 806	4 993	4 328	4 957	5 436	5 195	4 611	5 022
* Schweine	t	8 836	9 134	9 168	8 263	9 723	9 998	9 398	8 734	9 466
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	49	59	16	90	115	36	22	46	57
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	74	73	84	69	72	69	81
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	95,0	94,7	94,3	94,2	94,2	94,5	93,9	94,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,9	11,1	10,1	10,7	11,5	9,5	9,9	10,4	11,2

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980					1981		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 899	2 905	2 900	2 898	2 899	2 929	2 903	2 900
* Beschäftigte	1 000	392	397	395	396	396	395	393	392	391
* Arbeiter 2)	1 000	278	282	281	281	282	279	277	276	275
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 261	40 135	41 382	40 534	41 989	36 863	39 001	38 859	40 110
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 006	1 082	985	957	990	1 369	1 018	972	1 018
* Löhne	Mill. DM	618	664	611	587	605	794	620	581	614
* Gehälter	Mill. DM	388	418	374	370	385	574	398	391	404
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	76	82	95	85	80	94	100	90	94
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	143	148	154	141	159	156	180	177	195
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	173	232	214	214	182	176	175	157
* leichtes Heizöl	1 000 t	28	23	35	31	29	28	30	29	24
* schweres Heizöl	1 000 t	171	150	197	183	185	154	146	146	133
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 009	992	1 043	1 024	1 059	948	971	961	1 033
* Stromerzeugung	Mill. kWh	274	258	323	323	311	261	249	254	229
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 478	5 996	5 693	6 064	6 460	6 322	5 301	5 928	6 397
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 599	1 817	1 707	1 935	2 016	2 235	1 847	2 021	2 174
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	133	134	128	134	143	128	121	258	136 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	137	138	137	140	147	136	131	147	142 <sup>P</sup>
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	134	135	133	137	144	131	126	143	138
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	134	129	132	136	144	112	120	138	138
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	105	64	79	109	72	61	70	91
Chemische Industrie	1970 = 100	135	123	140	145	143	112	124	147	139
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	138	145	136	140	148	164	134	154	143
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	140	144	125	131	145	208	122	168	148
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	123	126	122	130	133	115	117	129	128
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	61	64	67	69	50	64	71	66
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	151	155	150	145	158	170	159	167	150
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	111	115	75	101	119	83	62	74	100
Handwerk <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	106	104	.	.	103	103	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	121	133	.	.	112	155	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	307	310	432	361	385	377	406	386	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 060	2 123	2 384	2 121	2 184	2 386	2 499	2 298	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	799	870	1 038	852	920	1 001	1 056	963	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 550	1 545	1 756	1 610	1 628	1 740	1 827	1 700	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	0,4	...
Gasbezug	Mill. cbm	300	310	436	370	386	405	444	400	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	281	283	404	334	347	375	412	371	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	73 875	75 413	73 537	73 660	75 709	74 988	73 227	72 103	73 084 <sup>P</sup>
Facharbeiter	Anzahl	40 132	40 026	38 816	39 029	40 345	39 756	38 738	38 347	38 668 <sup>P</sup>
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 970	17 596	17 240	17 081	17 490	17 046	16 549	15 917	16 650 <sup>P</sup>
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 665	9 412	6 776	8 588	10 007	6 296	4 905	5 707	8 448 <sup>P</sup>
Privater Bau	1 000	5 950	5 969	4 580	5 567	6 397	4 301	3 632	3 861	5 358 <sup>P</sup>
* Wohnungsbau	1 000	4 036	3 932	3 070	3 739	4 293	2 727	2 217	2 312	3 419 <sup>P</sup>
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	76	71	53	55	64	33	26	28	57 <sup>P</sup>
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 838	1 966	1 457	1 773	2 040	1 541	1 389	1 521	1 882 <sup>P</sup>
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 715	3 443	2 196	3 021	3 610	1 995	1 273	1 846	3 090 <sup>P</sup>
Hochbau	1 000	766	707	583	700	734	450	369	489	674 <sup>P</sup>
Tiefbau	1 000	2 949	2 736	1 613	2 321	2 876	1 545	904	1 357	2 416 <sup>P</sup>
Straßenbau	1 000	1 687	1 486	813	1 162	1 541	830	457	678	1 315 <sup>P</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	178	126	151	169	155	106	113	162 <sup>P</sup>
* Löhne	Mill. DM	143	154	104	129	146	128	83	90	138 <sup>P</sup>
* Gehälter	Mill. DM	23	24	22	22	23	27	23	23	24 <sup>P</sup>
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	433	552	286	326	456	787	289	264	408 <sup>P</sup>

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980					1981		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 336	1 304	1 489	1 241	1 765	751	963	941	1 213
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 016	945	1 153	936	1 314	488	631	639	808
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	265	297	271	261	362	219	236	251	326
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	62	65	44	89	44	96	51	79
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 306	1 311	1 477	1 202	1 686	804	1 163	941	1 335
* Wohnfläche	1 000 qm	212	210	231	192	270	130	194	152	218
Wohnräume	Anzahl	9 912	9 857	11 197	8 984	12 503	5 918	9 184	7 142	9 967
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	314	340	369	296	430	221	325	258	371
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	5	5	2	11	2	-	1	4
Unternehmen	Anzahl	198	200	219	136	417	80	197	143	136
Private Haushalte	Anzahl	1 135	1 100	1 265	1 103	1 337	669	766	797	1 073
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	218	226	297	217	239	168	169	145	163
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	879	1 268	549	1 054	569	665	342	752
* Nutzfläche	1 000 qm	147	157	222	112	184	99	116	65	127
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	122	166	269	117	168	96	114	65	146
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	31	39	61	24	29	34	22	24	36
Unternehmen	Anzahl	136	157	190	158	171	119	139	116	124
Private Haushalte	Anzahl	51	31	46	35	39	15	8	5	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 076	2 224	2 331	1 900	2 901	1 414	2 288	1 610	2 306
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 552	1 807	1 773	1 783	1 877	2 023	1 912	1 988	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	89	104	87	103	99	107	82	120	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 463	1 703	1 686	1 680	1 778	1 916	1 830	1 868	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	17	15	15	19	15	16	16	...
* Halbwaren	Mill. DM	101	98	108	96	111	116	111	142	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 347	1 588	1 562	1 569	1 648	1 785	1 703	1 710	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	492	536	607	547	598	524	531	574	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	855	1 052	955	1 022	1 050	1 261	1 172	1 136	...
Nach ausgewählten Verbrauchsändern										
* EG-Länder	Mill. DM	760	837	882	886	916	800	810	971	...
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	129	136	148	132	158	140	135	169	...
Dänemark	Mill. DM	31	30	36	30	32	25	26	34	...
Frankreich	Mill. DM	214	250	261	256	270	251	247	270	...
Griechenland	Mill. DM	19	19	22	16	16	18	18	17	...
Großbritannien	Mill. DM	110	115	112	132	127	105	95	138	...
Irland	Mill. DM	8	7	8	9	9	5	4	6	...
Italien	Mill. DM	125	154	154	181	171	142	162	194	...
Niederlande	Mill. DM	124	126	141	130	133	114	123	143	...
Österreich	Mill. DM	71	86	78	79	79	83	78	87	...
Schweiz	Mill. DM	72	85	83	81	90	93	83	100	...
USA und Kanada	Mill. DM	81	80	99	64	83	89	65	87	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	275	395	330	369	361	561	542	417	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	89	101	111	97	114	141	101	92	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 132	1 412	1 418	1 390	1 411	1 427	1 480	1 571	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	155	168	172	166	189	184	180	209	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	977	1 244	1 246	1 224	1 222	1 243	1 300	1 362	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	605	712	701	748	748	743	704	717	...
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	154	179	197	176	195	173	166	166	...
Dänemark	Mill. DM	10	12	13	14	11	11	11	13	...
Frankreich	Mill. DM	166	199	206	205	223	209	191	205	...
Griechenland	Mill. DM	4	7	4	6	10	5	4	6	...
Großbritannien	Mill. DM	32	54	35	57	60	72	48	40	...
Irland	Mill. DM	3	6	3	5	5	5	7	5	...
Italien	Mill. DM	101	108	97	117	107	102	112	116	...
Niederlande	Mill. DM	135	147	146	168	137	166	165	166	...
Österreich	Mill. DM	34	48	46	53	53	46	39	47	...
Schweiz	Mill. DM	21	23	19	20	29	19	18	22	...
USA und Kanada	Mill. DM	74	100	97	93	90	94	107	104	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	272	393	420	360	365	370	430	536	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	41	44	49	34	24	61	65	29	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980					1981		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	108	108	108	107	107	...	...	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	208	220	208	189	217	288	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	226	241	246	190	220	350	...	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	201	220	190	192	211	264	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	182	195	187	138	197	288	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	217	224	197	205	230	348	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	189	204	187	189	174	440	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	209	198	195	201	244	183	...	...	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	139	134	122	139	179	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	140	148	130	131	143	176	...	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	113	115	113	83	117	166	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	143	138	126	130	144	209	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	141	139	132	131	119	296	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	142	127	130	133	159	117	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100									
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	89	93	92	87	...	...	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	134	136	125	133	127	119	...	...	...
* Umsatz	1970 = 100	148	153	109	134	130	138	...	...	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	164	172	104	129	136	135	...	...	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	136	140	113	137	125	141	...	...	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	318	329	138	161	198	149	...	...	...
* Ausländer	1 000	58	64	16	18	24	18	...	...	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 194	1 223	502	584	726	594	...	...	...
* Ausländer	1 000	172	199	40	49	58	64	...	...	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 656	1 613	1 434	1 424	1 721	1 386	1 199	1 279	...
* Güterversand	1 000 t	1 498	1 502	1 263	1 246	1 755	1 214	1 011	1 247	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 383	13 420	13 214	15 024	18 959	8 712	11 671	13 942	20 303
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	642	740	237	751	1 448	119	422	913	2 408
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	12 575	11 516	11 893	12 932	15 859	7 753	10 440	12 018	16 553
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	689	664	750	838	536	518	552	754
Zugmaschinen	Anzahl	375	367	337	494	670	220	230	376	446
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	9 152	9 237	8 093	7 576	8 565	10 018	9 835	7 725	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 898	1 931	1 412	1 509	1 745	1 541	1 329	1 291	...
Verunglückte Personen	Anzahl	7 253	7 306	6 681	6 067	6 820	8 477	8 506	6 434	...
* Getötete	Anzahl	2 650	2 676	2 066	2 044	2 368	2 125	1 854	1 755	...
Pkw - Insassen	Anzahl	67	70	88	69	60	46	45	57	...
Fußgänger	Anzahl	34	34	49	35	41	20	29	40	...
* Verletzte	Anzahl	14	15	19	18	11	15	10	10	...
Pkw - Insassen	Anzahl	2 583	2 606	1 978	1 975	2 308	2 079	1 809	1 698	...
Fußgänger	Anzahl	1 481	1 477	1 366	1 199	1 390	1 449	1 284	1 131	...
Schwerverletzte	Anzahl	268	259	235	276	263	268	242	237	...
Pkw - Insassen	Anzahl	830	835	683	628	734	613	562	540	...
Fußgänger	Anzahl	427	417	415	327	397	382	367	327	...
	Anzahl	118	118	112	135	115	128	111	111	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980					1981		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	45 983	52 902	52 936	53 180	53 878	58 422	58 548	59 221	60 192
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	45 173	51 851	51 912	52 138	52 734	57 122	57 251	57 934	58 912
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	36 550	42 125	42 162	42 498	43 073	46 964	47 011	47 495	48 163
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 624	9 726	9 750	9 639	9 662	10 157	10 240	10 439	10 749
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 380	11 102	10 984	10 937	11 286	12 527	12 398	12 630	13 015
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 171	10 786	10 651	10 655	10 977	12 163	12 009	12 271	12 609
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	208	316	333	282	309	364	389	359	406
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 811	6 365	6 311	6 290	6 319	6 955	6 938	7 057	7 362
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 883	5 321	5 261	5 269	5 324	5 918	5 902	5 945	6 009
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	928	1 044	1 050	1 022	995	1 037	1 036	1 112	1 353
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	29 982	34 384	34 617	34 910	35 130	37 640	37 914	38 247	38 535
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	22 495	26 018	26 249	26 575	26 772	28 883	29 100	29 279	29 546
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 487	8 366	8 368	8 336	8 358	8 756	8 814	8 968	8 989
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	42 302	45 323	45 048	45 811	45 832	48 947	49 162	49 562	48 777
* Sichteinlagen	Mill. DM	6 972	7 183	6 561	7 154	7 163	7 299	7 416	7 199	6 554
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 449	6 680	6 160	6 595	6 723	6 793	6 937	6 689	6 181
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	523	503	401	559	440	506	480	509	373
Termineinlagen	Mill. DM	9 752	11 866	12 522	12 818	13 050	15 091	15 489	16 022	16 517
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 539	10 705	11 342	11 574	11 790	13 717	14 183	14 537	15 060
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 213	1 160	1 180	1 244	1 260	1 374	1 306	1 484	1 457
* Spareinlagen	Mill. DM	25 578	26 275	25 964	25 840	25 619	26 556	26 257	26 342	25 706
bei Sparkassen	Mill. DM	14 813	15 201	15 028	14 989	14 862	15 290	15 105	15 023	14 797
* Gutschriften auf Sparkonten 2)	Mill. DM	1 174	1 202	1 495	1 090	1 130	2 817	1 682	1 220	1 320
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 035	1 147	1 806	1 214	1 362	1 504	1 999	1 348	1 773
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 3)	Anzahl	38	35	34	38	49	33	39	44	32
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	17 487	10 005	4 025	6 266	20 395	10 811	23 602	30 280	15 387
Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	2	1	-	-	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	882	834	806	760	865	988	942	816	971
* Wechselsumme	1 000 DM	4 293	5 184	5 017	3 666	5 560	9 192	8 752	5 993	6 660
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	932 837	1 021 729	859 145	1 307 687	1 215 087	1 789 844	898 611	1 163 696	1 189 403
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	654 466	701 283	495 172	860 554	949 243	1 404 151	469 446	759 225	911 739
Lohnsteuer 4)	1 000 DM	395 172	416 416	417 246	807 240	313 811	732 745	419 093	714 625	320 313
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	63 884	67 459	-	466 475	-	-	-	350 662	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	157 763	161 587	48 573	7 675	408 290	462 806	23 727	- 2 626	407 984
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	11 674	13 410	12 159	4 309	3 376	12 839	21 062	5 252	3 229
* Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	89 857	109 870	17 194	41 330	223 766	195 761	5 564	41 974	180 213
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	22 887	25 899	-	34 562	-	-	-	33 478	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	278 372	320 446	363 973	447 133	265 844	385 693	429 165	404 471	277 664
* Umsatzsteuer	1 000 DM	201 841	221 286	268 953	295 816	145 699	272 130	315 643	286 615	121 254
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	76 531	99 160	95 020	151 317	120 145	113 563	113 522	117 856	156 410
* Bundessteuern	1 000 DM	116 109	137 390	117 972	160 316	132 485	214 379	90 652	173 108	162 358
Zölle	1 000 DM	7 624	8 624	10 728	13 931	6 720	9 085	8 749	9 302	14 081
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	106 298	126 386	105 498	143 414	122 517	202 554	79 249	161 172	146 532
* Landessteuern	1 000 DM	64 528	72 986	48 838	74 581	55 445	58 086	48 165	80 047	57 483
Vermögensteuer	1 000 DM	15 163	15 501	2 904	33 498	3 875	6 203	1 076	36 793	5 345
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	32 048	40 047	27 418	20 772	30 274	31 211	29 181	22 049	30 103
Biersteuer	1 000 DM	6 348	6 242	6 394	5 145	5 593	6 239	7 048	5 352	5 271
* Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	449 367	468 559	.	.	528 027	443 619	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 701	8 016	.	.	6 674	6 966	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	67 943	69 308	.	.	61 477	60 842	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	313 697	333 622	.	.	402 362	336 995	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 260	21 658	.	.	20 530	181	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 622	25 393	.	.	27 336	30 599	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	610 293	683 252	568 261	838 092	732 530	1 126 913	532 852	824 302	728 330
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	287 871	309 411	212 649	371 303	420 297	612 174	201 389	325 075	401 204
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	187 906	216 307	245 688	301 823	179 451	260 350	242 030	325 068	164 737
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	- 8 048	4 650	297	40 010	- 1 219	1 051	31
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	489 800	536 057	408 747	602 335	604 068	893 149	428 403	567 601	567 115
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	286 796	308 085	211 316	369 687	419 665	611 443	200 402	323 900	399 729
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 068	134 843	156 641	153 417	128 661	183 610	181 055	162 603	109 872
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	- 8 048	4 650	297	40 010	- 1 219	1 051	31
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	571 486	593 880	.	.	729 249	717 906	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	203 584	216 181	.	.	308 638	257 699	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	232 232	242 761	.	.	294 945	353 583	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	110,9	117,0	113,7	114,9	115,6	119,3	120,3	121,2	122,0
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	110,8	111,5	111,8	113,8	115,3	116,2	116,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	121,1	134,1	.	128,8	.	.	.	138,4	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	517	.	.	.	548	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	553	.	.	.	584	.	.
* Facharbeiter	DM	553	586	584	.	.	.	621	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	501	530	529	.	.	.	556	.	.
Hilfsarbeiter	DM	425	453	450	.	.	.	470	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	374	.	.	.	399	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	334	364	360	.	.	.	385	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	12,48	.	.	.	13,38	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	13,20	.	.	.	14,14	.	.
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	13,94	.	.	.	14,92	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	12,64	.	.	.	13,53	.	.
Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	10,86	.	.	.	11,58	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	9,44	.	.	.	10,14	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	9,10	.	.	.	9,77	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	41,4	.	.	.	40,9	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	41,8	.	.	.	41,3	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	39,7	.	.	.	39,3	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 475	2 615	2 683	.	.	.	2 910	.	.
männlich	DM	2 210	2 345	2 416	.	.	.	2 596	.	.
weiblich	DM	2 704	2 861	2 938	.	.	.	3 170	.	.
Technische Angestellte	DM	1 745	1 856	1 914	.	.	.	2 052	.	.
männlich	DM	3 098	3 259	3 317	.	.	.	3 610	.	.
weiblich	DM	3 173	3 337	3 393	.	.	.	3 691	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 132	2 246	2 296	.	.	.	2 503	.	.
männlich	DM	2 871	3 028	3 090	.	.	.	3 365	.	.
weiblich	DM	2 584	2 735	2 803	.	.	.	3 047	.	.
Technische Angestellte	DM	3 037	3 221	3 302	.	.	.	3 606	.	.
männlich	DM	2 047	2 165	2 213	.	.	.	2 374	.	.
weiblich	DM	3 153	3 313	3 368	.	.	.	3 661	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	3 218	3 381	3 435	.	.	.	3 737	.	.
männlich	DM	2 243	2 351	2 398	.	.	.	2 577	.	.
weiblich	DM	1 988	2 114	2 191	.	.	.	2 318	.	.
Technische Angestellte	DM	1 974	2 099	2 175	.	.	.	2 301	.	.
männlich	DM	2 449	2 593	2 670	.	.	.	2 822	.	.
weiblich	DM	1 586	1 693	1 757	.	.	.	1 880	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979		1980				1981	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 327	61 359	61 439	61 463	61 481	61 667 <sup>P</sup>	61 658 <sup>P</sup>	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	27 351	28 735	26 352	14 662 <sup>P</sup>	21 219 <sup>P</sup>	22 500 <sup>P</sup>	29 045 <sup>P</sup>	15 684 <sup>P</sup>	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 039	48 499	46 829	48 790 <sup>P</sup>	48 113 <sup>P</sup>	47 481 <sup>P</sup>	52 663 <sup>P</sup>	50 183 <sup>P</sup>	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 268	59 311	61 202	61 746 <sup>P</sup>	57 715 <sup>P</sup>	58 596 <sup>P</sup>	63 999 <sup>P</sup>	61 680 <sup>P</sup>	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 12 229	- 10 812	- 14 373	- 12 956 <sup>P</sup>	- 9 602 <sup>P</sup>	- 11 115 <sup>P</sup>	- 11 336 <sup>P</sup>	- 11 497 <sup>P</sup>	...
Arbeitslose	1 000	993	876	867	1 037	993	968	1 118	1 309	1 300
Männer	1 000	489	417	418	557	527	457	583	729	724
Offene Stellen	1 000	246	304	268	282	313	246	226	228	239
Männer	1 000	154	198	176	183	203	155	139	139	145
Kurzarbeiter	1 000	191	88	80	98	102	264	357	402	374
Männer	1 000	149	59	56	76	76	186	261	299	267
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 641	22 374	22 374	.	.	.	22 701 <sup>P</sup>	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	349	364	344	381	334	378	383	...	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	117	123	131	115	123	134	119	110	123
ohne Baugewerbe	1970 = 100	119	125	134	120	128	136	125	117	130
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	116	121	130	115	124	132	120	111	125
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	117	125	120	117	127	125	105	108	122
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	121	142	114	124	137	131	110	129
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	120	128	114	122	132	113	111	119
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	122	126	133	121	124	146	135	128	134
Baugewerbe	1970 = 100	103	109	105	73	88	115	76	61	74
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 584	7 608	7 648	7 631	7 650	7 657	7 600	7 555	7 536
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	772	771	695	791	783	762	692	721	733
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	83 379	92 121	95 339	94 601	97 531	100 108	102 196	93 574	98 607
Auslandsumsatz	Mill. DM	22 018	22 131	24 758	22 150	23 484	24 282	26 646	22 266	24 618
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 451	31 062	32 969	36 831	36 830	33 832	34 667	...	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 590	3 780	3 786	4 528	4 508	3 668	3 922	...	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 190	1 240	1 251	1 208	1 209	1 265	1 242	1 193	1 174
Beschäftigte	Mill.	141	144	116	92	126	145	91	74	91
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	6 499	7 673	11 969	5 706	5 126	11 562	13 903	...	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 114	18 220	16 316	12 981	16 171	12 873	12 517	11 460	11 606
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 149	17 124	14 973	12 002	15 084	11 762	11 250	10 411	10 668
Wohnfläche	1 000 qm	2 796	3 095	2 976	2 376	2 855	2 392	2 415	2 163	2 145
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 057	3 282	3 432	2 414	2 824	2 945	2 615	2 410	2 227
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	29 232	31 970	32 190	25 769	29 964	27 042	27 471	24 566	24 113
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	23 714	26 218	26 515	27 970	29 596	28 810	30 273	27 271	...
EG-Länder	Mill. DM	11 117	12 962	12 701	14 094	15 035	13 914	13 347	13 041	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 961	2 230	2 048	2 376	2 467	2 206	2 048	2 109	...
Dänemark	Mill. DM	527	570	539	587	600	512	518	492	...
Frankreich	Mill. DM	2 907	3 333	3 359	3 858	3 870	3 863	3 997	3 653	...
Griechenland	Mill. DM	253	314	391	243	273	299	315	270	...
Großbritannien	Mill. DM	1 403	1 753	1 697	1 862	2 185	1 886	1 733	1 551	...
Irland	Mill. DM	84	109	101	99	112	115	114	102	...
Italien	Mill. DM	1 619	2 045	2 004	2 354	2 597	2 450	2 384	2 417	...
Niederlande	Mill. DM	2 363	2 608	2 562	2 715	2 931	2 583	2 528	2 447	...
Österreich	Mill. DM	1 218	1 372	1 358	1 428	1 581	1 607	1 486	1 320	...
Schweiz	Mill. DM	1 201	1 367	1 398	1 587	1 739	1 627	1 774	1 504	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 857	1 935	1 958	2 039	2 075	1 813	2 192	1 871	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 956	3 757	3 797	3 851	4 125	4 532	4 938	4 640	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 470	1 570	1 777	1 545	1 560	1 588	2 071	1 489	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm<sup>3</sup>.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979		1980				1981	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>	Mill. DM	20 320	24 347	25 729	27 628	29 136	28 433	29 262	28 195	...
EG-Länder	Mill. DM	10 162	11 976	11 897	12 630	14 017	13 332	13 301	13 409	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 711	1 951	1 816	1 985	2 243	1 838	1 860	1 796	...
Dänemark	Mill. DM	334	386	414	451	519	506	527	399	...
Frankreich	Mill. DM	2 357	2 766	2 862	2 899	3 278	3 082	3 067	3 053	...
Griechenland	Mill. DM	182	200	197	192	205	211	242	210	...
Großbritannien	Mill. DM	1 005	1 435	1 557	1 573	1 891	2 238	2 006	2 278	...
Irland	Mill. DM	80	98	95	106	116	124	141	129	...
Italien	Mill. DM	1 931	2 150	1 988	2 007	2 433	2 074	1 999	1 992	...
Niederlande	Mill. DM	2 562	2 990	2 968	3 417	3 332	3 259	3 459	3 552	...
Österreich	Mill. DM	593	701	658	755	821	816	787	678	...
Schweiz	Mill. DM	790	886	858	971	1 006	1 011	1 102	877	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 617	1 948	2 075	2 559	2 502	2 363	2 462	2 330	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 641	4 531	4 969	5 892	5 974	5 493	6 138	5 681	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 044	1 337	1 655	1 375	1 368	1 507	1 632	1 573	...
<b>Einzelhandel</b>										
Umsatz	1970 = 100	180,7	191,6	248,6	187,5	178,0	218,2	266,4 <sup>P</sup>	183,9 <sup>P</sup>	184,1 <sup>P</sup>
<b>Gastgewerbe</b>										
Umsatz	1970 = 100	151,5	160,4	155,9	137,1	147,6	152,1	162,9 <sup>P</sup>	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>1)</sup>	Mrd. DM	1 169	1 305	1 305	1 294	1 305	1 406	1 428	1 424	1 439 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	889	999	999	988	997	1 074	1 098	1 094	1 106 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	279	306	306	306	308	332	330	331	333 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	Mrd. DM	902	959	959	934	938	980	1 011	993	997 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	466	478	478	474	472	462	486	482	480 <sup>P</sup>
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	19 555	21 262	38 747	19 259	17 172	18 855	39 907	21 077	18 087
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 719	13 445	28 372	11 517	8 077	9 595	29 499	11 982	8 655
Lohnsteuer	Mill. DM	7 668	8 089	14 075	9 250	7 460	8 978	15 580	9 956	8 096
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 119	3 129	8 334	1 183	464	295	196	967	188
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	6 106	7 017	8 034	7 913	8 994	8 869	8 824	9 171	9 304
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 886	4 250	4 805	5 095	5 385	5 281	5 346	5 953	5 742
Bundessteuern	Mill. DM	3 578	3 723	5 706	1 960	3 915	3 951	6 870	1 167	3 624
Zölle	Mill. DM	306	343	353	328	384	415	470	294	412
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 084	3 185	5 205	1 442	3 107	3 347	6 225	685	2 746
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1976 = 100	100,8	106,0	108,7	109,7	111,2	114,9	116,4	117,6	118,5 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	95,5	96,9	101,1	100,7	100,6	100,5	102,8	102,2 <sup>P</sup>	102,3 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	103,9	108,9	111,7	113,5	114,5	119,5	120,0	121,2	122,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	111,2	120,8	.	.	128,4	136,4	.	.	137,9
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1976 = 100	111,3	121,1	.	.	128,8	136,9	.	.	138,4
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	109,4	120,8	.	.	131,0	138,0	.	.	138,4
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	106,5	110,9	113,1	113,7	114,9	118,6	119,3	120,3	121,2
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	109,4	110,8	111,5	113,1	113,8	115,3	116,2
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	109,4	114,2	117,0	117,8	118,6	123,2	123,4	124,0	124,7
Wohnungsmiete	1976 = 100	106,4	109,8	112,3	112,9	113,5	117,0	117,3	117,7	118,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	103,3	124,8	131,6	134,8	135,3	141,1	145,4	148,2	151,0
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	106,8	110,2	112,5	113,8	114,6	119,1	119,7	121,2	121,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	105,1	110,0	112,5	109,7	114,1	117,9	118,7	119,6	120,5
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	108,0	112,6	114,8	115,9	116,7	121,3	121,6	122,7	123,7
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	103,4	106,1	107,0	107,3	107,7	110,1	110,2	110,6	111,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	109,4	114,5	117,1	118,5	119,2	126,3	127,2	127,6	128,5

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.



### **Fahrleistung wie 245mal zum Mond und zurück**

Die 4 771 Fahrzeuge der 584 rheinland-pfälzischen Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs legten im Jahre 1980 insgesamt 188 Mill. Wagenkilometer zurück, 4,1% mehr als im Vorjahr. Diese Strecke entspricht der 245fachen Entfernung zum Mond und zurück.

343 Millionen Personen sind im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz mit dem Bus und der Straßenbahn gefahren, 268 Millionen allein im allgemeinen Linienverkehr.

Die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf beliefen sich auf 327 Mill. DM (+ 6,2%). gz

### **1980 VW-Neuzulassungen in Rheinland-Pfalz erstmals wieder vor Opel**

Im Jahre 1980 wurden in Rheinland-Pfalz 138 187 fabrikneue Personenwagen und Kombis zum Verkehr zugelassen. Das sind 8,4% weniger als ein Jahr zuvor. Der Anteil der inländischen Fabrikate an den neu zugelassenen Wagen verringerte sich von 72 auf 67%.

Während Daimler-Benz seinen Anteil von 9 auf 9,8% erhöhte, konnten VW (18,4%) und BMW (5%) ihre Quoten knapp halten. Indessen gingen bei Opel die Neuzulassungen von 20 auf 17,9% zurück, wodurch dieses Fabrikat seine bisherige Führungsposition einbüßte. Auch Ford (8,7%) verlor mehr als 2 Prozentpunkte.

Den Japanern gelang es, ihren Marktanteil von 6,5 auf 12,4% nahezu zu verdoppeln. Damit lagen die japanischen Fabrikate unter den ausländischen Produzenten auf dem ersten Platz. gz

### **Auch 1980 ging der Bestand an Binnenschiffen weiter zurück**

In Rheinland-Pfalz gab es Anfang 1981 165 selbstfahrende Motorgüterschiffe, 33 Schubleichter und 12 Lastkähne. Im Schlepp- und Schubdienst wurden 34 Schlepper und acht Schubboote eingesetzt. Für den Personenverkehr waren 72 Fahrgastschiffe vorhanden. Im Laufe des vergangenen Jahres hatte sich die Zahl der Güterschiffe um 12 verringert. Der Bestand an Fahrgastschiffen blieb dagegen unverändert, während die Zahl der Schlepper geringfügig zunahm.

Die Güterschiffe hatten zusammen eine Tragfähigkeit von 214 000 t. Gut ein Drittel der selbstfahrenden Motorgüterschiffe besaß Ladekapazitäten zwischen 651 und 1 000 t, ein weiteres Drittel über 1 000 t.

Die 72 Fahrgastschiffe boten Platz für rund 16 400 Personen. Die 17 großen Schiffe mit mehr als 300 Fahrgastplätzen verfügten über die Hälfte des gesamten Platzangebots der Personenschiffe. gz



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Rheinland-pfälzisches Autobahnnetz in zehn Jahren um 400 km gewachsen**

Anfang 1981 betrug die Gesamtlänge der Straßen des überörtlichen Verkehrs in Rheinland-Pfalz 18 706 km. Das sind 42 km mehr als ein Jahr zuvor. Es gab 700 km Bundesautobahnen, 3 243 km Bundesstraßen (davon 143 km vierspurig), 6 910 km Landes- und 7 853 km Kreisstraßen.

Durch die Freigabe weiterer Autobahnabschnitte wurde im Jahre 1980 das Autobahnnetz um 55 km vergrößert. Fünf neue Teilstrecken binden weite Teile der Vorderpfalz an das überregionale Schnellstraßennetz an und entlasten zudem zahlreiche Gemeinden vom Durchgangsverkehr. In den letzten zehn Jahren ist das rheinland-pfälzische Autobahnnetz um 400 km gewachsen. 1971 hatte es noch eine Gesamtlänge von 300 km. gz

### **Bauüberhang: 42 500 Wohnungen**

Am Jahresende 1980 gab es in Rheinland-Pfalz einen Bauüberhang von 42 506 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen. Das sind 795 Einheiten oder 1,9% mehr als Ende 1979. Gut die Hälfte dieser Wohnungen war im Jahre 1980 genehmigt worden, drei von zehn im Jahre 1979 und jede sechste 1978 und früher. In drei von vier Fällen ist der Bauherr eine Privatperson, die restlichen entfallen in erster Linie auf Wohnungsunternehmen.

Die Zahl der genehmigten Wohnungen in neu zu errichtenden Gebäuden betrug 40 046, von denen die Hälfte unter Dach (rohbaufertig) und je ein Viertel noch nicht unter Dach bzw. noch nicht begonnen waren. ne

### **Wohngeldempfänger mehr in Städten**

Ende 1980 erhielten in Rheinland-Pfalz 64 300 Haushalte Wohngeld. Das sind 18 Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner<sup>1)</sup>. Dieser Wert weist in regionaler Differenzierung erhebliche Schwankungen auf. So ist ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen: im Regierungsbezirk Koblenz errechnen sich 20 Bezieher je 1 000 Einwohner, im Bezirk Trier sind es 17 und in Rheinhessen-Pfalz 16.

44% der Wohngeldempfänger lebten in den kreisfreien Städten (Bevölkerungsanteil 27%). Je 1 000 Einwohner sind es dort 29 Bezieher, in den Landkreisen dagegen 14. Der niedrigste Wert errechnet sich für die Landkreise Pirmasens (6), Kusel und Alzey-Worms (je 7). Mit 40 bzw. 35 Wohngeldbeziehern je 1 000 Einwohner liegen die Städte Koblenz und Trier an der Spitze. hw

<sup>1)</sup> Da auf Kreisebene keine neueren Angaben über die Zahl der Haushalte vorliegen, muß die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße verwendet werden.



### **Jede dritte öffentlich geförderte Wohnung im Mehrfamilienhaus**

Fast jede dritte der im Jahre 1980 öffentlich geförderten 6 300 Wohnungen wird in einem Mehrfamilienhaus liegen. Besonders hoch ist dieser Anteil in den Städten Mainz (85%), Ludwigshafen (80%), Trier (76%) und Kaiserslautern (73%).

Bei einem Durchschnitt der Landkreise von 14% erreicht der Donnersbergkreis mit 37% das höchste Ergebnis. Über dem Mittelwert liegen auch die Werte der Kreise Ludwigshafen (27%), Bad Dürkheim und Germersheim (je 24%). hw

### **42% weniger Weinbaubetriebe seit 1964**

Ende 1979 gab es in Rheinland-Pfalz 37 900 Weinbaubetriebe mit einer bestockten Rebfläche von 63 400 ha. 38% dieser Betriebe hatten eine Rebfläche von weniger als 0,5 ha, bei weiteren 18% lag sie zwischen 0,5 und 1 ha. Bestockte Rebflächen von 1 bis 2 ha sowie 2 bis 5 ha fanden sich in 17 bzw. 19% aller Betriebe. Lediglich 8% der Betriebe besaßen mehr als 5 ha Rebfläche. Diese bewirtschafteten jedoch mehr als ein Drittel des gesamten rheinland-pfälzischen Reblandes.

Im Anbaugebiet Rheinpfalz hatten die meisten Betriebe (11 500) ihren Sitz, gefolgt von Rheinhessen (11 200) und Mosel-Saar-Ruwer (11 100). Auf die Nahe entfielen 2 300 Betriebe, auf den Mittelrhein 1 000 und auf die Ahr fast 750.

Seit 1964 hat sich die Zahl der Weinbaubetriebe um 42% vermindert, die bestockte Rebfläche wurde dagegen um 32% erweitert. Dabei beschränkten sich die Betriebsrückgänge auf die Größenklassen unter 2 ha, die Zahl der größeren Betriebe hat sich mehr als verdoppelt. Die durchschnittliche Rebfläche je Betrieb stieg in den vergangenen 15 Jahren von 0,7 auf 1,7 ha. lx

### **Geringe Auswinterungsschäden**

Der vergangene Winter hinterließ auf den Getreidefeldern weniger Schäden als befürchtet. Verhältnismäßig stark wurde jedoch der Winterraps betroffen, und zwar vor allem in den Höhengebieten. Von der gesamten Aussaatfläche mußten rund 1 000 ha Getreide (0,5%) und rund 200 ha Winterraps (7,5%) neu bestellt werden.

Der Wachstumsstand der Wintersäaten und der Feldfutterpflanzen wurde Mitte April trotz des lang anhaltenden schneereichen Winters deutlich besser als im Vorjahr beurteilt und kann als normal angesehen werden. st

### **Milchproduktion zurückgegangen**

In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in Rheinland-Pfalz 222 000 t Milch erzeugt. Das sind 3,7% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Rückgang ist sowohl auf eine verminderte Milchleistung je Kuh, als auch auf eine geringere Zahl der Milchkühe zurückzuführen.

Von dem Gesamtaufkommen wurden 209 000 t (94%) an Molkereien geliefert. Das sind 8 600 t (— 4%) weniger als im ersten Quartal 1980. rö

### **Schlachtvieheinfuhr rückläufig**

Im ersten Quartal 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 50 900 Rinder, 900 Kälber, 342 700 Schweine und 6 400 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Das sind 5,8% mehr Rinder und 1% mehr Schweine als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den Kälbern und Schafen gingen die Schlachtungen um 20 bzw. 5% zurück.

Aus den Schlachtungen wurde eine Gesamtschlachtmenge von 42 800 t erzielt (+ 2,4%), und zwar 14 800 t Rindfleisch, 84 t Kalb-, 27 600 t Schweine- und 155 t Schafffleisch.

Aus dem Ausland und der DDR wurden 2 700 Rinder und 2 000 Schweine eingeführt und geschlachtet. Daraus ergab sich eine Schlachtmenge von 900 t (— 46%). rö

### **Jeder dritte männliche Angestellte ist Techniker**

Jeder zweite männliche Angestellte gehörte 1978 zu der mittleren Qualifikationsgruppe III, für die selbständiges Arbeiten charakteristisch ist, jeder vierte zur mittleren Führungsschicht (Gruppe II). Zur Gruppe I b der leitenden Angestellten zählten 8%. Seit 1972 ist eine Verschiebung von den unteren in die mittleren und von diesen in die oberen Leistungsgruppen festzustellen. Es waren prozentual weniger Angestellte mit einfachen und schematischen Tätigkeiten der Gruppen IV und V befaßt. Von den weiblichen Angestellten waren allerdings auch 1978 noch knapp die Hälfte in Gruppe IV und rund 9% in Gruppe V. Selbständige Arbeiten verrichteten annähernd vier Zehntel der weiblichen Angestellten.

Rund 54% der männlichen Angestellten übten einen kaufmännischen und gut ein Drittel einen technischen Beruf aus. Mit nicht ganz 12% hat sich der Anteil der Meister im Angestelltenverhältnis etwas verringert. Die weiblichen Angestellten waren zu 95% in kaufmännischen Berufen tätig. Den mit fast 70% höchsten Anteil der Techniker und Meister verzeichnete, wie schon 1972, die chemische Industrie. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 118



**Jeder sechste Arbeiter mit über 46 Wochenstunden**

40% der Arbeiter in Industrie und Handwerk hatten im Oktober 1978 in Rheinland-Pfalz 39 bis 41 Wochenstunden, bei den Frauen waren es 55%. Drei Zehntel (Frauen 20%) arbeiteten 41 bis 45 Stunden, nicht ganz 7% (Frauen 16,5%) weniger als 39 Stunden. Auf 45 Stunden und mehr kam jeder vierte Arbeiter (Frauen 9%). Jeder zehnte männliche Beschäftigte arbeitete zwischen 45 und 47 Stunden in der Woche und jeder sechste (Frauen 3%) 47 Stunden und mehr. 1972 hatte noch fast jeder dritte Arbeiter (Frauen 4%) durch Überschreiten der betrieblichen oder tariflichen Normalarbeitszeit Wochenarbeitszeiten von 47 Stunden und mehr. hä

**Weniger Überstunden in Industrie und Handwerk**

Die bezahlte Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter in Industrie und Handwerk ist in Rheinland-Pfalz von 1972 bis 1978 im Schnitt um 2,2 Stunden auf 43,3 Stunden zurückgegangen. Der Grund hierfür ist im wesentlichen die Abnahme der Mehrarbeitszeit von 4,6 auf 2,7 Stunden. Die Arbeitszeiten der Arbeiterinnen haben sich nur wenig verändert. Im Oktober 1978 betrug deren bezahlte Wochenarbeitszeit 40,5 Stunden bei nur 0,6 Überstunden. hä

**Rückläufige Inlandsnachfrage im 1. Vierteljahr 1981 bei Behauptung auf den Auslandsmärkten**

Die Auftragseingänge bei Industrie und Handwerk von Rheinland-Pfalz lagen im ersten Vierteljahr 1981 um 8,2% unter dem Vorjahresniveau. Während die Auslandsbestellungen um 4,8% zunahmen, reduzierte sich die Inlandsnachfrage um 15%. Die relativ günstigste Entwicklung verzeichnete der Verbrauchsgütersektor (insgesamt — 2%; Auslandsbestellungen + 8,1%). Im Investitionsgüterbereich lag die Orderfähigkeit um 5,9% (Ausland + 5,1%) unter der im ersten Vierteljahr 1980. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mußte mit einem Rückgang von 13% (Ausland + 3,9%) die größten Einbußen hinnehmen. fn

**Kraftstoffe und Spirituosen teurer, Heizöl billiger**

Durch die Erhöhung der Mineralöl- und der Branntweinsteuer ab 1. April verteuerten sich vor allem Kraftstoffe und alkoholische Getränke. Der Literpreis für Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) stieg von Mitte März bis Mitte April in Rheinland-Pfalz um 9 Pfennig auf 1,39 DM und für Superbenzin (Markenware mit Bedienung) ebenfalls um 9 Pfennig auf 1,43 DM.

Für eine Flasche Weinbrand mußten 8,1% und für Doppelkorn 7,6% mehr bezahlt werden. Dagegen ging der Literpreis für extra leichtes Heizöl bei einer Abnahme von 5 000 Litern im Schnitt um 3 Pfennig auf 71 Pfennig (— 3,6%) zurück. hr

**Themen der letzten Hefte****Heft 12/Dezember 1980**

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1980  
Allgemeinbildende Schulen 1980/81  
Zukünftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung  
Ausbaugewerbe 1980  
Verlagsgewerbe 1978

**Heft 1/Januar 1981**

Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1960 bis 1980  
Bauwirtschaft im Konjunkturverlauf  
Regionale Gasversorgung 1979  
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1980  
Das einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1977

**Heft 2/Februar 1981**

Investitionen und wirtschaftliches Wachstum  
Auszubildende 1979  
Preisindex der Lebenshaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA  
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1980  
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1979

**Heft 3/März 1981**

Erweiterte Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz  
Regionalstatistischer Pressedienst über den Computer  
Maschinelle Auswertung von Forsteinrichtungsdaten  
Arbeitszeit, Ausbildung und berufliche Gliederung 1979  
Soziale Struktur der Arbeiter 1978  
Einkommensschichtung 1977  
Außenhandel mit Nordafrika 1970 bis 1980

**Heft 4/April 1981**

Lebensstandard 1960 bis 1979  
Wohnungsbau in regionaler Sicht  
Wohnumfeld und Wohnqualität  
Überregionaler Einsatz des Bauhauptgewerbes  
Energiepreise 1970 bis 1980  
Ausländer 1980  
Statistische Grundlagen für Produktivitätsberechnungen

**Themen der folgenden Hefte**

Schulbesuch und abgelegte Abschlußprüfungen 1970 bis 1980  
Ausbildungsverhalten von Sonderschülern  
Exportabhängigkeit der Wirtschaft  
Medizininformation - ein neues Tätigkeitsfeld in der Statistik  
Bundesbahn als Verkehrsträger  
Technische Wandlungen auf dem Bausektor  
Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft 1979  
Bundesweite Vergleichsmöglichkeiten für regionalstatistische Daten



#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.